



An die Zeitungsleser.

Wir wiederholen die Anzeige, daß das Hauptblatt der Dienstag-Zeitung bereits Montag Nachmittag hier ausgegeben und mit den am Nachmittage und Abends abgehenden Posten versendet wird. Die hiesigen Abonnenten wollen daher dasselbe bei den betreffenden Kommanditen und die auswärtigen bei den Postanstalten in Empfang nehmen.
Die Expedition der Breslauer Zeitung.

Breslau, 8. Dezember.

Wenn wir im Gegensatz zu der schwankenden, prinzipiosen Masse, welche in unerschütterlicher Naivität sich eines konstitutionellen Regimentes zu erfreuen vermeint, so lange nur überhaupt noch zwei Versammlungen dem von der Regierung mit starker Hand nach eigenem Willen gelenkten Staatswagen mühsam und keuchend nachfolgen dürfen, unnachgiebig und ohne Feilschen auf der vollen und rückhaltlosen Verwirklichung der Grundsätze bestehen, welche in allen freien Staaten als die Säulen des Konstitutionalismus betrachtet werden, so verweist man uns bald auf das Land politischer Erbweisheit, dessen Verfassung stückweise und allmählig sich gebildet hat und sucht uns über die so beliebten Halbheiten der augenblicklich herrschenden Richtung durch die lockende Aussicht auf einen allmählichen Fortschritt zur vollen politischen Reife zu beschwichtigen, bald wieder preißt man uns die „Eigenthümlichkeit“ Preußens an und schilt uns wegen unserer vermeintlichen Hinneigung zu ausländischen Verfassungsschablonen.

Beide Vorwürfe heben sich eben so sehr durch den Widerspruch auf, in dem sie zu einander stehen, als sie durch die Unwahrheit ihrer Voraussetzungen in sich zusammen fallen.

Wir beneiden mit unsern Segnern jenes vielgenannte Land um das Glück seiner stetigen und darum sichern Entwicklung zur wahren politischen Freiheit, aber wir würden es für einen politischen Wahnsinn halten, wenn wir allen Ernstes uns anschicken wollten, den Gang zu beginnen, zu dessen Vollendung England Jahrhunderte bedurfte. Dort haben sich die politischen Institutionen ebenmäßig mit der Bewusstwerdung der politischen Ideen gebildet und befestigt. Nicht unsere Schuld ist es, daß in Preußen dieser Entwicklungsgang unmöglich ist. Nicht unsere Schuld ist es, daß wir Preußen das Ausfüllen und die Entfaltung des konstitutionellen Systems rings um uns her haben mit ansehen und durchleben müssen, während über uns selbst das absolute Regiment waltete und die obrigkeitliche Bevormundung uns in praktischer Unreife hielt, indes der konstitutionelle Gedanke sich theoretisch immer mehr Eingang und Ausbreitung verschaffte. Nicht unsere Schuld ist es, daß in Preußen das Verständnis des konstitutionellen Systems und das Streben nach seiner Einführung längst Gemeingut aller Gebildeten geworden war, ehe wir im Besitze einer auch nur annähernd konstitutionellen Form waren. Nicht unsere Schuld ist es daher, daß uns jetzt nicht, wie in England das früher war, das Streben nach einzelnen politischen Rechten, nach einzelnen konstitutionellen Institutionen, daß uns vielmehr die entschiedene Forderung eines in allen gebildeten Köpfen längst fertigen konstitutionellen Systems gleich am ersten Morgen unserer Mündigwerdung entgegentritt, ja mehr als dies, daß sogar die lange Vorenthaltung konstitutioneller Institutionen und das bald offenkundige Widerstreben nach deren endlicher Verleihung die Blicke eines Theils des Volkes sogar weiter hinaus über die Monarchie selbst gelenkt hat.

Wenn so die Voraussetzung, deren Vorhandensein das Einschlagen eines von dem britischen Entwicklungsgange verschiedenen Weges gebieterisch erheischt, nur zu unserm Bedauern eingetreten ist, so müssen wir wenigstens verlangen, daß man jetzt endlich die notwendige Folge erkenne, daß man Bedürfnisse und Forderungen nicht ignore, die man selbst durch unpolitischen Widerstreben zu ihrer gegenwärtigen Höhe und Schärfe getrieben hat.

Es kann nicht oft genug wiederholt werden: wir haben heute nicht mehr die Aufgabe, eine Herüberleitung des Staates aus dem absoluten in das konstitutionelle Prinzip anzubahnen, nein, wir haben den völlig morisch gewordenen und durch seine eigene Halt-

losigkeit zusammengestürzten absoluten Staat in einen konstitutionellen umzuwandeln, wir haben in der That eine konstitutionelle Verfassung zu machen.

Und weil uns diese Aufgabe so dringend und unabweislich erscheint, darum wollen wir sie in einem Guffe und vollständig gelöst wissen.

Glaube man doch nicht, daß in einer Zeit, wo dem Absolutismus ein so entschiedenes Todesurtheil in der öffentlichen Meinung gesprochen worden ist, ein Zwittergeschöpf zwischen Polizeistaat und Rechtsstaat lebens- und entwicklungsfähig sein könnte. Die konstitutionellen Grundrechte sind zugleich die Grundbedingungen für die Existenz des konstitutionellen Staates. Eine Scheinkonstitution trägt nicht die Keime einer wahren und vollendeten Verfassung, sondern nur die ihres eigenen Unterganges in sich.

Die konstitutionelle Staatsform, complicirt, wie sie ist, beruht auf strengen Gesetzen. Nehmt ihr diese festen Regeln, unterlasst die scharfe Definirung und Abgrenzung der beiderseitigen Rechte, gestattet der Willkür, dem Belieben, sei es, wessen es wolle, einen Eingang: und jenes ganze Balancier-System des Gleichgewichts der Gewalten geht aus seinen Fugen.

Vor diesem Schicksal wird eine Scheinkonstitution keine preussische Eigenthümlichkeit bewahren. Und worin sollte diese auch bestehen? In der vorzüglichen Loyalität und Treue des preussischen Volkes, in seiner Anhänglichkeit an das Fürstenhaus? — Das wäre ein Grund mehr, diesem Volke Vertrauen zu schenken, und ihm nicht Rechte vorzuenthalten, deren andere Völker sich längst erfreuen. Oder in unserer langen Gewöhnung an absolutistische Bevormundung? Das weist gerade auf die Gefahr hin, daß absolutistische und bevormundende Tendenzen um so leichter sich zur Geltung bringen könnten, wenn ihnen die Verfassung selbst eine Handhabe, das Volk aber ein bequemes Material bietet.

Oder endlich die Stellung Preußens als Großmacht, welche eine vorzügliche Machtkonzentration in den Händen der Regierung nothwendig macht? Das spricht entweder geradezu für den förmlichen Absolutismus, oder, wenn dieser, wie wir glauben, unmöglich ist, für die vollste Verwirklichung des konstitutionellen Prinzips, des Prinzips, daß die Regierung im Geiste der Majorität geführt werden müsse, damit zu jeder Zeit die ganze Volkskraft sie stütze.

Wir sehen gerade mit dieser Stellung Preußens als Großmacht die Nothwendigkeit einer aufrichtig und konsequent durchgeführten konstitutionellen Politik gegeben. Diese seine Weltstellung weist Preußen seinen deutschen Beruf an. Ihn aber wird es nimmermehr erfüllen können, wenn es sich nicht ohne Rückhalt dem konstitutionellen Prinzip hingibt.

Wenn unsere zaghaften Politiker des halben Konstitutionalismus auch wirklich für uns Preußen noch eine lange Reihe von Lehrjahren erforderlich halten, ehe sie uns die Reife zur vollen konstitutionellen Freiheit zugestehen können, glauben sie denn, daß das übrige Deutschland Lust haben wird, uns zu Liebe jene saure Schule noch einmal mit durchzumachen? Glauben sie denn, daß die deutschen Staaten, welche Dezentennien hindurch mit dem Scheinkonstitutionalismus daheim einen mühseligen Kampf geführt haben, sich so beellen werden, unter die Fittige des preussischen Adlers sich zu begeben, wenn sie die preussische Macht nur mit der neuen Aufzwingung der alten Lüge zu bedrohen scheint?

Nur ein aufrichtig konstitutionelles Preußen vermag Deutschland an sich zu fesseln und so kämpfen wir für Preußens und Deutschlands Größe zugleich, wenn wir an den unveräußerlichen Prinzipien des konstitutionellen Staates ohne Wanken festhalten und jede Kapitulation mit der Halbheit, welche den Grundsatz

aufhebt, indem sie ihm die alleinwirksame Spitze abbricht, zurückweisen.

Breslau, den 8. Dezember.

Die Denkschrift der katholischen Bischöfe in Preußen.

1.

Dieses Manifest ist nach Form wie nach Inhalt so bedeutungsvoll, daß ein näheres Eingehen in dasselbe und eine Beurtheilung an dieser Stelle uns als unerlässliche Pflicht erscheint, um so mehr, als die in Nr. 240 dieser Zeitung gegebenen Auszüge und Mittheilungen nicht genügen, um unsern Lesern eine klare Einsicht in den Geist jener Denkschrift und in den Standpunkt zu gewähren, welchen die unterzeichneten Bischöfe der Verfassung und überhaupt dem Staate gegenüber einnehmen. Wir schicken eine gedrängte Uebersicht des Inhalts voraus.

So dankbar die Bischöfe die in der Verfassungs-urkunde enthaltene Anerkennung wesentlicher Freiheiten und Rechte der katholischen Kirche begrüßen, welche dieser seit langer Zeit in der drückendsten Weise verkümmert worden seien, Rechte, welche in ihrem ganzen ungeschmälernten Umfange ohne Verzug in Besitz zu nehmen und sofort zur Ausführung zu bringen, sie für ihre heilige Pflicht halten, so sehen sie doch auf der andern Seite ihre gerechten Hoffnungen keinesweges erfüllt, indem die neue Verfassung in einigen ihrer Bestimmungen die unveräußerlichen Rechte der katholischen Kirche schwer beeinträchtigt. Gegen diese Bestimmungen, so wie gegen die „in ganz unerwarteter Weise“ (in den „Erläuterungen“ des Ministers Ladenberg) kundgewordenen Deutungen und Versuche, die „auf das Klarste und Bestimmteste in der Verfassung festgestellten kirchlichen Rechte und Freiheiten wieder zu schmälern und zu beschränken,“ legen die Bischöfe feierliche Verwahrung ein, in dem Bewußtsein, daß sie hierin für ihre Kirche nichts verlangen, „als was ihr zur vollen Sicherung und Förderung ihres naturgemäßen Lebens und Wirkens gebührt.“ In einem verfassungsmäßig freien Staate könne und dürfe die katholische Kirche nicht verfassungsmäßig unfrei sein, sie müsse vielmehr das Vollmaß ihrer Freiheit und Selbstständigkeit staatsgrundgesetzlich in Anspruch nehmen, und werde ihre hohe Sendung zur Wohlfahrt des Staats nur um so segensreicher erfüllen; je mehr ihr derselbe „in der unbeschränkten Gewährung ihrer naturgemäßen freien Wirksamkeit gerecht werde.“

Von diesem Standpunkt aus haben die Bischöfe die die Kirche berührenden Bestimmungen der Verfassungs-urkunde einer „gewissenhaften und unbefangenen“ Prüfung unterworfen, deren Ergebnis folgende Hauptpunkte sind:

1) Die Verfassung wiederholt die durch ältere feierliche Staatsverträge und andere landesherrliche Zusagen allzeit unverlethlich geachtete Gewähr für den unveränderten, seit vielen Jahrhunderten behaupteten Bestand der römisch-katholischen Kirche als moral. Person und aller ihrer damit zusammenhängenden Rechte und Befugnisse.

2) Der Kirche ist das durch die übelberathene Politik der letzten Jahrhunderte vielfach beschränkte Recht freigegeben, ihre äußern, wie innern Angelegenheiten „selbstständig und durch freie Selbstbestimmung nach den eigenen Zwecken der Entsündigung und Heiligung der Welt, schaffend, einrichtend und leitend, zu ordnen und zu verwalten. Diese Selbstständigkeit umfaßt in der Richtung nach Innen: die freie Anordnung aller gottesdienstlichen Handlungen und Andachtsübungen, der Feste, Fast- und Abstinenztage, Errichtung neuer kirchlicher Aemter, Beibehaltung und Aufnahme kirchlicher Kongregationen, ungehinderte Bekanntmachung aller oberhirtlichen, päpstlichen, wie bischöflichen Erlasse, freie Besetzung aller kirchlichen Aemter, freie Wahl der

Bischöfe und Weihbischöfe, freie Besetzung der Dom- und Stiftsstellen, freie Ernennung der General-Bikare und aller bischöflichen Verwaltungsbeamten, der Pfarrer und Seelsorgsgeistlichen, zu welcher bisher die staatliche Genehmigung oder Bestätigung gefordert worden. Es sind mithin die vom Staate durch die Bulle de salute animarum hinsichtlich der Besetzung der Probstei- und Kanonikatstellen erworbenen Rechte erloschen, so wie das ganze bisherige fiskalische Patronatsrecht, sowohl dasjenige, welches in Folge der Säkularisation mit den aufgehobenen kirchlichen Anstalten durch eine „Gewaltthat und Usurpation“ in die Hände des Staates gelangt ist, als dasjenige, welches durch Fundation von Seiten des Staates bisher rechtlich begründet war.

3) Die selbstständige Vermögensverwaltung der einzelnen Kirchen und kirchlichen Institute, mit Ausschließung der bevormundenden Aufsicht und Einmischung des Staates ist nicht erst „verheißt“, wie die „Erläuterungen“ behaupten, sondern wirklich schon gewährt; die Verfassungsurkunde hat bereits wirkliche, dem natürlichen Rechte entsprechende und Jahrhunderte hindurch hergebrachte Befugnisse thatsächlich gewährt.

4) Der Kathol. Kirche ist der Besitz und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds gewährleistet, und die Bischöfe haben die strenge Pflicht, alle Rechte, wie sie in dieser Beziehung namentlich durch das Konkordat vom Jahr 1801, den Reichsdeputationshauptschlus von 1803 und durch die Bulle de salute animarum festgestellt sind, in ihrer ganzen Ausdehnung und Ausführung festzuhalten.

5) In Beziehung auf die Kathol. Volksschulen legen die Bischöfe gegenüber den betreffenden Bestimmungen der Verfassung und der ministeriellen Erläuterungen eine doppelte Verwahrung ein: Sämmtliche Kathol. Schulen sind entweder konfessionelle Pfarr- oder Stiftsschulen, was sie früher gewesen sind, oder konfessionelle Schulen der Kathol. Gemeinden. Die der Kirche hinsichtlich der obersten Aufsicht, so wie der Anstellung und Entfernung der Lehrer zustehenden Rechte sind durch den westfälischen Frieden und den Reichsdeputationshauptschlus bis auf den heutigen Tag ungeschwächt und un geändert garantiert, und durch das „bloß als subsidiarisches Sonderrecht eingeführte“ preussische Landesrecht konnte an ihnen nichts geändert werden. Die faktische Verdrängung der Kirche aus den Schulen ist ein unrechtlicher Angriff des Stärkeren auf die wohlbegründeten Rechte des Schwächeren, welche die Kathol. Bischöfe sich nicht werden entziehen oder schmälern lassen.

6) Eben so protestiren die Bischöfe, gestützt auf ihr Recht und ihre Pflicht, gegen die in der Verfassung ausgesprochene Beschränkung der Kirche auf den bloßen Religionsunterricht, und gegen die ministerielle Deutung, als seien die von den Gemeinden zu wählenden Lehrer ohne Weiteres berechtigt, Religionsunterricht zu erteilen. Nach der Kathol. Glaubenslehre sei hierzu Niemand ohne höhere kirchliche Sendung befugt, welche ausschließlich von den Bischöfen ausgehe, jene Deutung enthalte mithin den Versuch eines Eingriffs in das heiligste, durch göttlichen Befehl übertragene und darum unveräußerliche bischöfliche Recht der Lehre. Vermöge der gewährten Kirchenfreiheit nehmen die Bischöfe ferner nicht allein die durchaus unbeschränkte Befugnis zur Einrichtung, Führung und Verwaltung der Priester-Seminare, Konvikte, Knaben-Seminare und anderer Vorbildungsschulen zum geistlichen Stande, so wie zur Anstellung und Entfernung der Lehrer in denselben, in Anspruch, sondern auch die freie Auswahl dieser Lehrer, ohne irgend welche Beschränkung von Seiten des Staates (z. B. durch Prüfungen), und die ausschließliche Aufsicht und Leitung über dieselben und ihren Unterricht, so wie die unbedingt freie Befugnis der Errichtung neuer Anstalten jener Art. Die staatliche Prüfung für die Lehrer der bestehenden katholischen Pfarrschulen, so wie aller Schulen, welche kirchlicher Seite errichtet werden möchten, widerspreche dem Rechte der Lehrfreiheit, der Selbstständigkeit der katholischen Kirche, und als Präventivmaßregel dem Geiste der Verfassung. Endlich

7) Art. 16, wonach die kirchliche Trauung erst nach dem Civilakt vorgenommen werden darf, verleihe mit nicht zu rechtfertigender Inkonsequenz und unter willkürlichen Voraussetzungen die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der öffentlichen Religionsübung und der selbstständigen kirchlichen Thätigkeit. Sei das Verbot gegen den Diener der Kirche gerichtet, so involvire dies einen rein willkürlichen Uebergrieff auf ein fremdes Gebiet, einen Eingriff in unveräußerliche Rechte; sei es gegen die Brautleute gerichtet, so ermangele es der verpflichtenden Kraft, da die religiösen Pflichten und Handlungen dieser der Staatsgewalt nicht unterworfen seien, und diese ihnen darin nichts verbieten und nichts gebieten könne. Das Verbot treffe meistens Sterbende, „welche hiernach in der Todesstunde nicht einmal so viel Freiheit haben, daß sie, dem Drange ihres Gewissens folgend, die ihnen von Gott und ihrer Religion gebotene Pflicht erfüllen können, sondern daran durch ein Staatsgrundgesetz sich behindert sehen, wel-

ches ihre religiöse Ueberzeugung und ihren freien Willen, dieselbe auf dem kirchlichen Gebiete thatsächlich zu verwirklichen, noch auf dem Sterbebette bis zur Todesstunde gefesselt hält.“

Hiermit schließt die Denkschrift. In einem folgenden Artikel sollen zunächst die derselben zu Grunde liegenden allgemeinen Prinzipien, namentlich über das Verhältniß der Kirche zum Staate näher ins Auge gefaßt werden.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

I. Kammer. 83. Sitzung vom 7. Dezember.

Die Sitzung wird 12¼ Uhr eröffnet.

Am Ministertisch: v. Strotha, v. Rabe, Simon.

Abg. Schwarz erhält den nachgesuchten Urlaub.

Tages-Ordnung: Fortsetzung der Berathung über die Gemeinde-Ordnung.

§ 9. Kühne trägt darauf an: den § 9 zurückzuweisen, um ihn dem § 15 des Wohlgesetzes vom 26. November v. J. zu conformiren. Der Antrag wird unterstützt und der Antragsteller motivirt ihn.

v. Vinke, v. Bassewitz erklären sich für das Dreiklassensystem, Sperling, Säget und Wulffsheim dagegen und für Streichung des § 9.

Möwes warnt vor „Minoritätswahlen“, welche leicht nach obigem System erfolgen könnten.

Nachdem Triest und der Berichterstatter (Wallach) für den Kommissions-Entwurf gesprochen, kommt man zur Abstimmung. Der Antrag von Kühne wird abgelehnt und der vierte von der Kommission vorgeschlagene Satz gestrichen.

§ 9 wird dann nach dem Kommissions-Vorschlage, welcher nur in Article 1 und 2 sehr gering von dem Regierungs-Entwurfe abweicht, angenommen.

Die §§ 10, 11 und 12 werden unverändert angenommen.

§ 13. Die Kommission hat vorgeschlagen, die im Regierungs-Entwurfe von der Mitgliedschaft des Gemeinderathes ausgeschlossenen Mitglieder der höheren Gerichtshöfe nicht auszuschließen.

Die von v. Vinke und Mangel eingebrachten Amendements werden angenommen, und danach:

(v. B.) ad 1 zugesetzt: „die vom Staat ernannten Mitglieder“ etc.

(M.) ad 6: die zum stehenden Heere und zu den Landwehrstämmen gehörenden Personen.“

Im Uebrigen wird der Kommissions-Vorschlag genehmigt.

Die §§ 14, 15, 16, 17, 18 werden unverändert nach dem Antrage der Kommission angenommen.

§ 19 gestrichen, und

§ 20, nachdem ein Amendement von Möwes verworfen, ebenfalls unverändert angenommen.

Hierauf spricht sich der Finanzminister v. Rabe über das Budget pro 1850 ganz in derselben Weise wie in der zweiten Kammer aus (s. den folgenden Bericht). (Schluß 4¼ Uhr.)

(Nächste Sitzung Montags früh 10 Uhr.)

II. Kammer. 70. Sitzung vom 7. Dezember.

Präsident Graf Schwerin.

Am Ministertisch: Fhr. v. Manteuffel, Regierungs-Kommissar Wehrmann, v. Rabe.

Finanzminister v. Rabe übergiebt den Staatshaushalts-Etat pro 1850. Die Einnahmen, welche die laufenden Ausgaben decken, betragen 91 Millionen. Die außerordentlichen Ausgaben erfordern 4,934,213 Thlr. Dem Etat ist ein Bericht beigegeben, durch welchen die Abweichungen des Etats pro 1850 von dem pro 1849 erläutert werden. — Die einzelnen Etats sind bereits zum größten Theil der Budget-Kommission mitgetheilt worden. In Betreff der Mehrausgabe pro 1849 und 50 bemerkt der Minister: Die militärischen Operationen des verfloffenen Jahres hätten 10,400,000 Thlr. erfordert, wogegen 300,000 Thlr. Ersparnisse aus früheren Verwaltungsjahren in Abrechnung kommen. Ferner sind 78,000 Thlr. für die Abgeordneten in Frankfurt nöthig geworden, für die hiesigen Kammern, für welche nur 100,000 Thlr. ausgesetzt waren, sind 366,000 Thlr. nöthig geworden. Die Gesamtsumme der außerordentlichen Ausgabe pro 1849 beläuft sich auf 10½ Mill. Hierzu die Mehrausgabe für 1849 von etwa 5 Mill. und eben so viel für die laufenden Eisenbahnausgaben, also zusammen etwa 20½ Mill. — Für diese Summe können aus Beständen aus den bewilligten Anleihen 8 Mill. flüssig gemacht werden. Die übrigen 12½ Mill. können ebenfalls von dem Finanzministerium beschafft werden, wenn die Kammern die Verwendung folgender Fonds gestatten.

Es ist ein Fonds von 6 Millionen Staatsschuldenscheinen bei der Staatshauptkasse als Baluta für eine gleiche Summe ausgegebener Kassenaufweisungen deponirt; ich schlage vor, diese der

Finanzverwaltung zu überweisen. Ferner sind der Bank 6 Mill. und der Seehandlung 2 Mill. Kassenaufweisungen gegen Deposition des gleichen Betrags von Staatsschuldenscheinen geliehen worden. Diese 6 Millionen sind von der Bank bis auf 1100000 Thlr. zurückgezahlt worden, so daß also die noch verbleibenden 3100000 Thlr. wieder in Cours gesetzt werden können. Endlich sind noch in Kautio:nen in Staatsschuldenscheinen etc. die Summe von 3,400,000 Thlr. niedergelegt, was zusammen 6½ Mill. ergeben könnte. Von den von den Regierungen von Sachsen, Baiern und Baden zurückzufordernden 2½ Mill. Kriegsgeldern wird zwar ein großer Theil namentlich von Baden im nächsten Jahre noch nicht zu erwarten sein, es werden, wenn 500000 Thlr. eingehen, für die außerordentlichen Ausgaben pro 1851 1½ Mill. verbleiben. Sieht man auf die Finanzzustände anderer Staaten, so kann man nur mit Befriedigung wahrnehmen, daß es uns möglich sein wird, die außerordentlichen Ausgaben ohne neues Papiergeld zu decken.

Man kommt hierauf zu einer sehr kurzen Berathung des Gesetz-Entwurfs, wegen Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 1ten Januar 1845, betreffend die Zertheilung von Grundstücken und die Gründung neuer Ansiedlungen. — Der Gesetz-Entwurf wird mit einer von der Kommission vorgeschlagenen Abänderung acceptirt.

Hierauf erfolgt durch den Abg. Bauer (Stargard) der Bericht der Agrar-Kommission über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Ergänzung und Abänderung der Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821. — Man kommt bei unerheblicher Diskussion bis zu Art. 10.

Schluß 4 Uhr, nächste Sitzung Montag, den 10. Dezember, 11 Uhr.

Berlin, 17. Dezember. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Dirigenten der Kreisgerichts-Deputation zu Groß-Salze, Justizrath Fabricius, den rothen Adleorden dritter Klasse mit der Schleife; sowie dem Land- und Kreis Schulzen Joh. Gottfr. Habedank zu Mörz im Zauch-Belziger Kreise das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den bisherigen Kammergerichts-Präsidenten und Präsidenten des kurmärkischen Pupillen-Kollegiums, v. Kunow, zum Rath bei dem Ober-Tribunal zu ernennen.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem Kommandanten von Stralsund, Obersten v. Köhnerik, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Königs von Schweden und Norwegen Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes des Schwertordens zu erteilen.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen etc. etc. verordnen unter Zustimmung der Kammern, was folgt:

§ 1. Die nach dem Klassensteuer-Gesetze vom 30. Mai 1820 und den damit im Zusammenhange stehenden späteren Verordnungen für die ehemals Reichsunmittelbaren, für Geistliche und Schullehrer, für Offiziere des stehenden Heeres und der Landwehr und für Militärbefehlsleute, sofern dieselben nicht mobil gemacht sind, sowie endlich für die Hebeammen eingeführten Befreiungen von der Klassensteuer werden hierdurch aufgehoben und die bisher befreiten Personen vom 1. Januar 1840 ab nach den bestehenden Einschätzungs-Grundsätzen zur Klassensteuer veranlagt.

§ 2. Der Finanzminister ist mit Ausführung dieses Gesetzes beauftragt. — Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigebrütem königlichen Inseigel. Gegeben Bellevue, den 7. Dezbr. 1849.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.
Graf v. Brandenburg. v. Ladeberg. v. Manteuffel. v. Strotha. v. d. Heydt. v. Rabe.
Simon. v. Scheinigt.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen etc. etc. verordnen unter Zustimmung der Kammern, was folgt:

§ 1. Unser Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ist ermächtigt:

1) den Bau der Eisenbahn nach Königsberg, welche den Namen „Dsbahn“ führen soll, einschließlich der Brücken über die Wiegel und Rogat und der durch die Eisenbahnanlage bedingten Strom- und Deich-Regulirungen an diesen beiden Stämmen, vorläufig von dem Kreuzungspunkte der Dsbahn mit der Stargard-Posener Eisenbahn ab, in der Richtung über Bromberg, Dirschau, Marienburg, Elbing, Braunsberg nach Königsberg mit einer Zweigbahn von Dirschau nach Danzig, für Rechnung des Staates auszuführen;

2) die westfälische Eisenbahn von der kurhessischen Grenze bei Haueda ab über Warburg, Paderborn, Sipplstadt, Soest nach Hamm, für Rechnung des Staates zur Ausführung zu bringen, auch zu diesem Zwecke die Köln-Minden-Thüringer Verbindungs-Eisenbahn nach Maßgabe des unterm 23. Dezember 1848 mit dem Bevollmächtigten der Eisenbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages für den Staat zu erwerben;

3) den Bau der Saarbrücker Bahn für Rechnung des Staates vollenden zu lassen.

§ 2. Die zur Ausführung der drei gedachten Unternehmungen noch erforderlichen Geldmittel von überschläglich dreihundertfünfzig Millionen Thalern sind aus den Beständen und der etatsmäßig-jährlichen Einnahme des Eisenbahn-Fonds, sowie aus sonstigen noch vorhandenen Beständen, welche den Kammern zur Verwendung für diesen Zweck in Vorschlag zu bringen sind, und den etwaigen künftigen Jahresüberschüssen des Staatshaushalts zu entnehmen. — In soweit die bezeichneten Fonds zur Vollenbung jener Bauten (§ 1) in angemessener Frist nicht ausreichen sollten, ist

Unser Finanzminister ermächtigt, den Mehrbedarf durch eine nach dem Bedürfnis des fortschreitenden Baues allmählig zu realisirende, verzinsliche und in angemessener Frist zu amortisirende Staatsanleihe höchstens im Betrage von einundzwanzig Millionen Thalern zu beschaffen.

§ 3. Die Ausführung dieses Gesetzes wird dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und dem Finanzminister übertragen. — Urkundlich unter Unserer Höchsteigehändigen Unterschrift und beigebrütem königl. Insignel. Gegeben Bellevue, den 7. Dezbr. 1849.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Rantkeuffel. v. Strotha. v. d. Heydt. v. Kabe. Simon. v. Schleinig.

G. Berlin, 7. Dez. [Die Note. — Refapitulation. — Schleswig-Holstein. — Die Flotte. — Der Reichsverweser.] Es bestätigt sich, daß am 4. Dezember ein österreichisches Aktienstück eingelaufen ist. Was wir heute neuerdings darüber erfahren, läßt uns noch immer glauben, es handle sich diesmal um eine Note und um formellen Protest. Doch möchte ich, das noch immer nicht ganz verbürgen, obgleich hiesige Blätter heute Aehnliches erfahren zu haben scheinen.

Ferner wird uns wiederholentlich versichert, die von den Zeitungen veröffentlichte Depesche vom 17. Nov. sei nicht jene berühmte Schrift, die gegen den Reichstag mit drohenden Eventualitäten Front gemacht. Da man nun von dem beschäftigten und zersetzten Theile Ihrer Leser nicht erwarten kann, daß bei dem Hagelschlag der Staatsakten, Depeschen und Noten im Gedächtniß Alles hübsch gesondert und klar bleibe, so wollen wir eine Uebersicht des jüngsten diplomatischen Verkehrs mit (kurzen Worten hier folgen lassen. Zu erwähnen wäre also: 1) die veröffentlichte Depesche vom 12. Novbr. *) welche gegen die Erklärungen des Reichsverwesers im Verwaltungsrathe vom 17. Oktober entschiedene Verwahrung einlegt; 2) eine spätere Depesche, die einen Protest und andere Eventualitäten in Aussicht stellt; 3) der Entwurf eines Protestes — es scheint kein Kollektivprotest gewesen zu sein — welcher Protest an demselben Tage vorgelesen; 4) endlich das Aktienstück, vulgo Note, welches am 4. hier eingelaufen ist. — Nun wollen wir das Weitere ruhig erwarten.

Der Reichsverweser beharrt bei seiner früheren Erklärung und will die Zustimmung zum Interim auch des kleinsten Fürstchens erwarten. Es fehlen noch zwei bis drei. Unterdes haben Wittgenstein und Freunde einen Streich ausgeführt und die Flotte von Braje an die hannoversche Küste bringen lassen. Wenn der Herr nicht zu Hause ist, amüsiren sich die Reichsminister.

A. Z. C. Berlin, 7. Dezember. [Tagesbericht.] Die Bewegung der Eisenbahnaktionäre, deren wir bereits mehrfach gedacht, scheint eine allgemeine werden zu wollen. Es ist deshalb im Werke, eine möglichst umfassende Coalition von Aktionären der verschiedensten Bahnen zu Stande zu bringen, deren Aufgabe die Wahrung ihrer Privatinteressen gegen die Staatsgewalt sein soll. — Sämmtliche hier garnisonirte Militär-Corps haben Befehl erhalten, sich des Generalmarsches gewärtig zu halten. Die bei den Bürgern einquartierten Kompagnien haben sich, sobald Alarm geschlagen wird, nach den ihnen bezeichneten Kasernen zu begeben, und mehrere kasernierte Truppen, namentlich Kavalerie, sich außerhalb der Stadt zurückzuziehen. Das zweite Garderegiment, ist seit dem Montage dieser Woche in der Kaserne konsignirt. — Nach einer Aeußerung des Präsidenten in der zweiten Kammer läge es in seiner Absicht, die Sitzungen wegen der Weihnachtsfeierstage am 20. oder 22. zu schließen und am 3. Januar wieder zu eröffnen. Mehrere ostpreussische Abgeordnete, welche bei dem Mangel einer Eisenbahnstraße mehrere Tage auf der Reise in ihre Heimat zubringen müssen, haben indes eine längere Ferienzeit, und namentlich einen früheren Anfang gefordert. Ob dieser gewährt werden wird, steht noch dahin, da, wie wir berichtet haben, die Absicht vorliegt, die Kammern schon wieder zum 31. Januar, wegen der Wahlen zu vertagen. — Die Finanz-Kommission fährt eifrig fort in der Beratung des Einkommen- und Klassensteuer-Entwurfs. Nachdem die eigentliche Einkommensteuer mit der früher berichteten, namentlich gegen ein inquisitorisches Eindringen in die Vermögensverhältnisse gerichteten Abänderungen des Abgeordneten Nibel angenommen ist, hat man sich der Klassensteuer zugewandt. Nach einem harten Kampfe ist die von der Regierung vorgeschlagene Klassifikation, welche alle Einwohner mit einem Einkommen von 1000 Thlr. und darunter in 12 Steuerstufen vertheilt, mit 17 gegen 3 Stimmen angenommen. Die Dissidenten verlangten mit Rücksicht auf die Mannigfaltigkeit der Vermögensverhältnisse 24 Steuerstufen, von denen die 12 untersten um eine Monatssumme von 2 Sgr. 6 Pf. und die 12 obersten um eine Monatssumme von 5 Sgr. stiegen. Der solchergestalt eingebrachte Antrag des Abgeordneten Nibel wurde jedoch von der Majorität aus Gründen praktischer Schwierigkeit in der Ausführung abgelehnt. — Der Plan, dem Ober-Tribunal-Rath

Waldeck ein Landgut, als Zeichen der Verehrung der Volkspartei, zu schenken, findet hier unter den reicheren Mitgliedern der Demokratie großen Anklang. — In der gestern Abend abgehaltenen Versammlung des 7. Volksvereins, welche mit einem dreimaligen Lebehoch auf Waldeck eröffnet wurde, ereignete es sich, daß der bisherige Schriftführer des Vereins, der Steuergograph Radloff, ausgewiesen wurde, indem man einen zweiten ihm in ihm fürchtete. Er war angeschuldigt, dem Polizeipräsidenten einen Gensdarmen denuncirt zu haben, welcher für einen politischen Gefangenen einen Brief an den Professor Jung zu bestellen übernommen hatte, nachdem er dem Gensdarmen den Brief unter dem Vorwande, ihn zu bestellen zu wollen, abgeschwatzt. Der Gensdarm hatte anfänglich seines Postens entsetzt werden sollen, war jedoch hinterher mit einer Arreststrafe davon gekommen. — In beiden Kammern war heute die Debatte unerheblich. Die erste Kammer beschäftigte sich wieder mit der Gemeindeordnung, die zweite Kammer wendet ihre Thätigkeit noch immer dem Agrargesetz zu. Der Finanz-Minister übergab in beiden Kammern den Staatshaushalt pro 1850. Nach dem beigegebenen Bericht beträgt die Mehrausgabe pro 1849 u. 1850 20 1/2 Mill. Thlr. (s. oben die Sitz-Berichte). — In der ersten Kammer ist ein neuer Petitionsbericht ausgegeben. Die meisten gehen materielle Fragen, als Steuern u. a. an. Viele wurden abermals zurückgelegt, weil sie von Vereinen ohne Korporationsrechte unterzeichnet waren.

C. B. In Schloß Bellevue fand heut früh vor dem Anfang der Kammerverhandlungen vor Sr. Majestät dem Könige ein Ministerrath statt. Gegenstand desselben soll die heute vom Finanzminister beiden Kammern gemachte Eröffnung gewesen sein. — In dem Bericht der Finanz-Kommission über das Gesetz wegen Ermäßigung der Briefporto-Taxe, welcher Montag in der zweiten Kammer erörtert wird, ist nachgewiesen, daß, wenn die Zahl der Briefe sich nach Verhältnis der Portoermäßigung vermehrt, die Portoeinnahme sich um 254,315 Rtl. 26 Sgr. strigern werde. Trifft keine Vermehrung ein, so vermindert sich die Einnahme um 362,650 Rtl. 6 Sgr. — Der Gesetzentwurf über die Errichtung von Rentenbanken wird binnen Kurzem in der zweiten Kammer beraten werden. Gegen die modificirenden Vorschläge von Ewanger und Genossen, wonach die zur Ablösung einzuzahlenden baaren Beträge erst zur Amortisation der für die Privatberechtigten auszufertigenden Rentenbriefe (Litt. A.) und demnach erst für die fiskalischen (Litt. B.) verwendet werden sollen, hat sich nicht nur die Agrar-Kommission, die in dieser Beziehung den Prinzipien der Vorlage beigetreten ist, sondern auch der Finanzminister selbst, der den Beratungen in der Kommission beigewohnt hat, und der Kommissarius des Ministeriums für landwirthschaftliche Angelegenheiten ausgesprochen. Ebenso wurden die Anträge auf Errichtung einer Centralrentenbank statt der beabsichtigten Provinzialrentenbanken verworfen. — Dr. Meyen, Redakteur der „Demokratischen Zeitung“ ist in eine Voruntersuchung, vermuthlich wegen Preservergehens, verwickelt worden. — Waldeck wird Berlin nicht verlassen. Er hat vielmehr dem Präsidium des Obertribunals angezeigt, daß er fortan wie früher den Sitzungen des Kollegiums beiwohnen werde. In einer in Folge dessen veranlaßten Plenarberatung soll eine Stimme sich gegen Waldeck's Wiedereintritt ausgesprochen haben. In der heutigen Sitzung soll Waldeck bereits wieder Theil genommen haben.

[In der heutigen Stadtverordneten-Versammlung] brachte der Vorsteher die zahlreich eingegangenen Zuschriften, die Uebergrieffe der Schutzmannschaften gegen Privatpersonen betreffend, zur Sprache. Es wird in denselben das Verlangen gestellt, die Stadtverordneten-Versammlung möge sich dahin verwenden, daß künftig dergleichen Uebergrieffe, wie sie in den letzten Tagen vorgekommen sind, nicht mehr eintreten. Stadtverordneter Schäffer, Referent dieser Angelegenheit, meinte jedoch, die Versammlung sei nicht kompetent, Etwas in dieser Sache zu thun. Viele Mitglieder der Versammlung erhoben sich jedoch dagegen, indem sie zugleich mehrere Fälle, in denen sich die Schutzmannschaften Uebergrieffe erlaubt haben, der Versammlung mittheilten. Großer Tumult erhob sich in der Versammlung bei den Reden einzelner Mitglieder der Versammlung, namentlich bei der des Stadtverordneten Holbein, welcher das Institut der Schutzmannschaft auf das Wärmste vertheidigte. Die Versammlung beruhigte sich endlich, und beschloß, die eingegangenen Beschwerden dem Magistrate zuzusenden, mit dem Auftrage, bei dem Polizeipräsidium die strengste Untersuchung dieser Angelegenheiten zu beantragen. (Konst. Z.)

C. C. Die Ankunft des Hrn. Schleiden aus Kiel steht außer aller Verbindung mit den dänischen Friedensunterhandlungen; er hält sich hier nur zu Privatwecken auf. Die entgegenstehenden Mittheilungen der Hamburger Blätter sind irrig. — Die auf heute Abend festgesetzte Abreise des Prinzen von Preußen ist wiederum verschoben worden.

C. B. [Zum Budget von 1848.] Der Rechenschafts-Bericht, welchen der Finanz-Minister um die Mitte des vorigen Monats den Kammern vorgelegt hat, und welcher sich auf die Staats-Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1848 erstreckt, hat hauptsächlich den Zweck, aus den durch die Erschütterungen des Jahres 1848 herbeigeführten Ausfällen, in den Einnahmen, so wie aus den durch die Zeitereignisse veranlaßten Mehrausgaben ein Deficit von 26,688,829 Rthl. zu rechtfertigen. Dieser Ausfall wird als gedeckt nachgewiesen 1) durch vorhandene Betriebsbestände und verschiedene kleinere Einnahmen bis zum Betrage von 4,618,958 Rthl.; 2) durch Zuschüsse aus dem Staats-Schatze mit 13,142,325 Rthl.; 3) durch einen Theil des Ertrages aus der freiwilligen Anleihe mit 8,867,609 Rthl. Zu dieser Anleihe war bis zu dem Mitte März 1849 eingetretener Schluß des Rechnungsjahres 1848 die Summe von 13,952,000 Rthl. eingezahlt, der Rest von 1,048,000 Rthl. ist erst im laufenden Rechnungsjahre realisiert worden.

Aus den dem Rechenschaftsbericht beigegebenen Uebersichten erfährt man, daß die „aus Veranlassung der neueren Zeitereignisse und zur Abhülfe des Nothstandes“ gemachten Ausgaben sich im Ganzen auf 10,966,411 Rthl. belaufen. Unter diesen finden sich für „Reichszwecke“ berechnet 4,739,987 Rthl., und zwar: Reisekosten und Diäten der preussischen Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung 173,740 Rthl., Beitrag Preußens zu den Matrikularumlagen für die provisorische Centralgewalt und das Reichsministerium 58,196 Rthl., desgleichen zur Umlage für die Unterhaltung der Reichstruppen 301,083 Rthl., zur Umlage für Marinezwecke und zum Bau bewaffneter Kriegsfahrzeuge für preussische Rechnung, jedoch in Abrechnung auf die Matrikularbeiträge 1,269,782 Rthl.; Kosten des Feldzuges in Schleswig-Holstein, einschließlich des Schutzes der Posten 1,100,438 Rthl.; Kosten wegen Aufstellung eines Hülfscorps bei Bamberg 52,517 Rthl., Kosten wegen eines zum Einrückten in die Herrschaft Gera bestimmten Detachements 3067 Rthl., desgleichen für sonstige Truppenwendungen in Bundesländern, z. B. nach Frankfurt a. M., Baden u. s. w. 25,964 Rthl.; Kosten der von der Centralgewalt angeordneten Maßregeln zum Schutze der westlichen Landesgrenze 1,237,200 Rthl. und der östlichen 518,000 Rthl.

Für das Inland sind an extraordinären Militärkosten pro 1848 in Ansatz gebracht 5,326,424 Rthl., worunter die Mehrkosten für den erhöhten Stand der Armee Behufs Unterdrückung der Insurrektion in Posen u. s. w. für die kriegsmäßige Instandsetzung der Verteidigungs-Anstalten und des Materials begriffen sind. Die Reisekosten und Diäten für die Abgeordneten zur preussischen Nationalversammlung sind mit 375,000 Rthl. (einschließlich der Bureaukosten) angelegt, zum Bau von Lokalen für die Kammerstungen 125,000 Rthl. Zu dem Mehrbedarf der Justiz hat die Staatskasse pro 1848 zugeschoffen 750,000 Rthl., desgleichen für das Ministerium des Innern und der Polizei 336,186 Rthl., für die Auseinandersetzungs-Behörden 100,000 Rthl., zur Errichtung und Unterhaltung der Schutzmannschaften (Konstabler) in Berlin 292,420 Rthl. und in den Provinzen 35,744 Rthl., zur Errichtung einer elektromagnetischen Telegraphenlinie 330,000 Rthl.

Zur Abhülfe des Nothstandes durch Naturalien-Ankäufe, Unterstützungen und Zuschüsse in Schlessien und anderen Provinzen sind als verwendet angelegt 564,282 Rthl., zur Beschäftigung brotloser Arbeiter in Schlessien und einigen andern Regierungsbezirken 330,690 Rthl., zur Aufhülfe der Spinner und Weber in Schlessien 100,000 Rthl., in Westfalen 35,000 Rthl.; zur Arbeiterbeschäftigung in den Fabrikbetrieben 150,000 Rthl., Zuschuß zu den Fonds für öffentliche Arbeiten 2,500,000 Rthl., zur Einlösung der bei den Leihämtern in Berlin verpfändeten Pfänder bis zu fünf Thalern (im März 1848) 450,000 Rthl., zur Abbildung einer Schuldforderung des Krontrösors an die Generalstaatskasse 1,325,500 Rthl., für die Verpflegung und den Transport politischer Flüchtlinge 51,000 Rthl.

Die Veräußerung von 2,000,000 Rthl. Effekten der Generalstaatskasse hat einen Coursverlust von 333,094 Rthl. herbeigeführt.

Die freiwilligen patriotischen Gaben, von welchen zu verschiedenen Zeiten in den Blättern die Rede war, und deren Blätter von der Farbe der „Neuen Preussischen Zeitung“ sich nicht selten zu rühmen pflegten, betragen sonderbarer Weise nicht mehr als 1,889 Rthl.

Düsseldorf, 5. Dez. [Die sechs Regierungs-Räthe], welche voriges Jahr am 24. Nov. suspendirt wurden, weil sie sich im Pleno der Regierung gegen die zwangsweise Durchführung der Steuerzahlung erklärt hatten, als von Seiten der aufgelösten Nationalversammlung die Steuerverweigerung beschlossen war, — haben jetzt Anschreiben erhalten, daß sie in kommender Woche sich nach Berlin zu verfügen hätten, um dort vor einem Disziplinar-Gerichte sich zu verantworten. (Köln. Z.)

*) Bresl. Stg. Nr. 286 und 287 — „Wien.“

Deutschland.

München, 4. Dezbr. [Das neue Anlehen], welches die Regierung von den Kammeren verlangt hat, ist bewilligt. 91 Stimmen gegen 33 haben in höchst loyalen Gesinnung auch dieses Zugeständnis ihrer Regierung nicht vorenthalten wollen.

Karlsruhe, 4. Dez. Der Großherzog hat gestern den königlich preussischen Legations-Rath v. Savigny empfangen, sein Beglaubigungsschreiben als außerordentlich Gefandter entgegengenommen und ihn zur Tafel gezogen. (D. Z.)

Kassel, 5. Dez. [Landtage.] In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung wurde ein Antrag des Herrn Vayrhofer, daß zur Annahme des Gesetzes über die Wahlen zum Volkshause Einstimmigkeit oder drei Viertel der Stimmen auf zwei Landtagen nöthig sei, mit 27 gegen 16 Stimmen abgelehnt und das Gesetz mit 26 gegen 16 Stimmen durch Stimmzettel angenommen. (K. A. Z.)

Lübeck, 5. Dezbr. [Das Interim genehmigt.] In der heutigen Bürgerschaft wurde der Beitritt Lübecks zu dem zwischen Oesterreich und Preußen am 30. September abgeschlossenen Vertrage genehmigt, so wie der Entwurf eines Gesetzes für die Wahl eines Abgeordneten zum Volkshause des deutschen Bundesstaates. (H. C.)

Schleswig, 6. Dez. Gestern Mittag um 12 Uhr zog der von der Landesverwaltung ausersehene neue Postmeister hier ein, geschützt von der preussischen Garnison, welche die Versammelten aufforderte, die Installation nicht zu stören. Aber die Wachen vor und in dem Hause des Postmeisters wurden doch sehr verdoppelt und das Haus war bis in die Nacht hinein belagert, weil Viele ihre Briefe verlangten. Zeitungen wurden nicht ausgegeben. Briefe nicht angenommen. Es war eine Wirthschaft sonder Gleichen.

Oesterreich.

Wien, 5. Dezbr. [Die deutsche Frage.] Die Verurteilung des deutschen Parlaments nach Erfurt und noch mehr die drohende (?) Sprache Preußens gegen das wortbrüchige Sachsen und Hannover haben hier einen tiefen Eindruck gemacht, denn nun wird sich der Knäuel deutscher Verhältnisse entwirren müssen, wenn auch nur bis zu einem gewissen Grad. Diese Prämissen schließt denn nothwendig auch die weiteren Resultate in sich. Wir können uns noch immer nicht zu der Meinung entschließen, daß es zwischen Oesterreich und Preußen in der That zum Kriege kommen soll und glauben wir eher, Fürst Schwarzenberg werde hier wie in Paris eine diplomatische Niederlage erleiden, denn seine Berechnungen sind immer nur auf gewisse Schwächen einflussreicher Individualitäten gestützt und nicht auf die feste Basis politischer Nothwendigkeit gestellt. Deshalb dürfte sein Vertrauen auf die Stimmungen des preussischen Kabinetts ebenso getäuscht werden, als die Zuversicht, mit der er auf die transitorische Wichtigkeit des ultramontanen Fallouy pochte. Derlei personelle Benutzung kann bedeutende Nebenvorteile gewähren, allein sie leidet keine systematische Ausbeutung. Bei der jüngsten Wendung der deutschen Frage durch die preussische Regierung, wobei jeder Deutsche keinen Augenblick verstanden sollte, daß die nächste Aufgabe der deutschen Bewegung nicht die Freiheit, sondern die Einheit sei, bei jener bedenklichen Wendung entsteht in vielen Köpfen neuerdings die Frage, ob Preußen mit solcher Sicherheit dem österreichischen Ministerium entgegenzutreten würde, wenn es nicht ein geheimes Bündnis im Rückhalt hätte. Da Preußen sich kaum mit der revolutionären Partei in Deutschland verbinden wird, indem seine bisherige Haltung gegen die Revolution in Sachsen, Baiern und Baden hinlänglich diese politische Möglichkeit ausschließt, wenn es auch den Einheitsdrang der Nation adoptirte und aus dem revolutionären Strome in das legale Bett hinüberzuleiten sucht, so erübrigt wohl nur eine auswärtige Allianz.

Wien, 5. Dez. [Welche Bedeutung hat das Observations-Korps in Böhmen?] Die deutsche Frage hat dem Konflikte mit der Türkei den Rang abgelassen, selbst auf die Börse, diesen Barometer der politischen Welt, hat sie nicht geringen Einfluß geübt. Preußen hat die Wahlen für den Reichstag zu Erfurt ausgeschrieben, ein Gleiches hat die Mehrzahl der mit ihm verbündeten kleineren Staaten gethan. Oesterreich hat eine warnende Note nach Berlin geschickt und will dieser einen förmlichen Protest folgen lassen. Noch mehr. Das bedeutende Observations-Korps bei Leitmeritz in Böhmen hat Befehl erhalten, sich marschfertig zu halten, um auf das erste Zeichen (wie man sagt nach Sachsen) auszurücken zu können. Der bedenkliche Zustand in Sachsen, so sagt man, mache dieses Einrücken einer österreichischen Heeres-Abtheilung nothwendig. Dies sei aber nur Vorwand, argumentirt man weiter, und Oesterreich wolle mit Genehmigung und im Bunde des sächsischen Kabinetts eine letzte ernste Demonstration machen, um das Zustandekommen des engeren deutschen Bundes, das die Vernichtung der österreichischen Hegemonie in

Deutschland verewigen würde, um jeden Preis zu hindern. Es ist nicht zu läugnen, daß die Position eines starken österreichischen Korps in Sachsen Preußen auf das Gefährlichste bedroht, namentlich, wenn Hannover vom Norden her ihm die Hand reichte. Ein starkes österreichisches Korps in Sachsen beherrscht Berlin in der Front, nicht minder aber bedroht es Schlessien, sowie die Westprovinzen in den Flanken. Sachsen ist der wichtigste strategische Punkt für einen Krieg in Deutschland, alle Hauptschlachten des 30jährigen, des 7jährigen und des Freiheitskrieges sind in Sachsen geschlagen worden. Eine Besetzung dieses Landes muß für weitere feindliche Operationen von dem entscheidendsten Erfolge sein. Also beabsichtigt Oesterreich wirklich: Preußen mit Krieg überziehen, falls letzteres den warnenden und protestirenden Noten kein Gehör giebt und auf dem bis jetzt betretenen Wege der Einigung Deutschlands ungestört fortschreitet? — Wer dies glauben wollte, wäre weit von der Wahrheit entfernt, denn Oesterreich würde durch einen Krieg mit Preußen in dieser Sache auch noch den letzten Einfluß in Deutschland unwiederbringlich verlieren, denn es würde Deutschland gegen sich in die Waffen rufen. Diese Noten und Proteste sind nichts als — leerer Wind und selbst der Einmarsch der Oesterreicher in Dresden würde weiter keine Folge haben, als daß sie nach einiger Zeit wieder nach Böhmen zurück marschiren müßten. Oesterreich denkt an keinen Krieg mit Preußen, denn es würde in diesem Falle die Flamme des Aufruhrs in seinem eignen Hause entzünden! — Glauben Sie diesmal sicher, Oesterreich wird nicht allein einen Krieg mit Preußen nicht anfangen, sondern selbst so viel als irgend möglich vermeiden. Das preussische Kabinet scheint dies auch recht gut zu wissen; es scheint zu wissen, daß Oesterreich drei gewaltige, vorläufig nur leicht verharrschte Wunden hat: Ungarn, Galizien und Wien, und daß diese Wunden bei der geringsten Erschütterung von neuem, und zwar schlimmer als vorher, aufzubrechen drohen, und weil es dies weiß, beantwortet es diese bewaffneten Demonstrationen mit einer Verringerung der bisherigen Truppenzahl. Diese Antwort setzt einigermaßen unsere radikalen Elemente, die zu dem schon angedeuteten Ziele nichts sehnlicher als einen Krieg mit Preußen wünschen — in Erstaunen und um sich aus der Klemme zu helfen, behaupten sie: Preußen habe ins Geheim eine Alliance mit Rußland geschlossen, welche die totale Abschwächung Oesterreichs zum Zweck habe, und welche zugleich Preußen ein solches Selbstvertrauen einflöße, daß es die Rüstungen in Böhmen und Vorarlberg gänzlich ignorire. Diese Ausflucht ist nicht ungeschickt erfunden, denn sie bringt Preußen in nächste Verbindung mit dem absolutistischen Czaren, was eben nicht geeignet ist, Sympathien in Deutschland zu erwecken. Natürlich lachen alle nur irgend unterrichteten Leute über dieses Märchen einer preussisch-russischen Alliance, ebenso wie sie eine andere Erklärung über die Aufstellung jener Observations-Korps für nichts anders als eine gewöhnliche politische Konjektur halten. Jene Korps sollen nämlich für eine etwaige Operation gegen die Türkei den Rücken decken. Zunächst haben wir keinen Krieg mit der Pforte in Aussicht, und dann gegen wen soll der Rücken gedeckt werden?

Wien, 5. Dezember. [Orden. — Landeskultur. — Theatralisches.] Der am 2. d. M. gestiftete neue Franz Josephsorden ist in sofern für Oesterreich von besonderer Bedeutung, als er die erste Dekoration ist, deren Statuten ihre Verleihung an Jedermann, ohne Unterschied des Standes, der Religion und des Verdienstes erlauben, wodurch derselbe gleichsam eine Verkörperung der konstitutionellen Gleichheit Aller vor dem Gesetze geworden und dem Orden der Ehrenlegion entspricht, der gleichfalls ein Ausfluß des durch die französische Revolution geweckten und zum herrschenden Prinzip gewordenen Grundsatzes der Gleichheit war. — Das Ministerium für Landeskultur hat einen Preis für das beste Lehrbuch der Landwirtschaft für die neuen Ackerbauschulen ausgeschrieben, wobei dem Prinzip der Gleichberechtigung aller Nationalitäten in sofern Rechnung getragen wird, daß die Preischriften sowohl in deutscher, als italienischer, ungarischer oder slavischer Sprache geschrieben sein können, doch hebt die Klausel, daß in letztern Fällen dem Manuskript eine getreue deutsche Uebersetzung beigegeben sein müsse, diese liberale Einschränkung wiederum auf, weil Niemand sich für den ohnehin kargen Ehrensold einer doppelten Arbeit unterziehen wollen. Bis jetzt dient den Ackerbauschulen das Buch von Adam Müller als Leitfaden, doch besitzt die Mannigfaltigkeit der Bodenkultur im Kaiser-

*) In der That sind erst dieser Tage wieder mehrere Truppendivisionen in unserer Provinz demobil gemacht worden. Ein Gleiches vernehmen wir auch aus anderen Provinzen. Red.

**) Preußen hat wohl einen geheimen Verbündeten, aber nicht außer, sondern in Deutschland, und dies ist die Bestimmung des deutschen Volkes, wenn es in dem Streben für Einheit mit möglichster Energie und Offenheit beharrt. Red.

staats Eigenthümlichkeiten, welche in dem sonst trefflichen, aber lediglich für Deutschland berechneten Werke Müllers nicht vorgehen, weshalb die Ausarbeitung eines eigenen, die besondern Verhältnisse der österreichischen Kronländer berücksichtigenden Lehrbuchs der Landwirtschaft als wünschenswerth erschien. — Der ebenso durch sein Talent als durch seine Sparsamkeit berühmte Sängler Staudigl hat sich neben seinem hübschen Stadthaus noch in Steiermark um 80,000 fl. C. M. die Herrschaft Barnegg angekauft, und will sich gänzlich vom Hofopertheater zurückziehen, da er durch die Anstellung des Herrn Coraet von Hamburg als technischer Direktor daselbst beleidigt wurde.

Von der ungarischen Grenze, 4. Dezbr. [Ustner. Postanstalten. Ritterstein.] Der vormalige königl. preussische Offizier Ustner ist in Ketten nach Preßburg gebracht worden, wo derselbe jetzt im Schloßgefängnis seinem traurigen Schicksal entgegensteht, denn die Militärgerichte sind gegen Ungarn, die sich bei der Insurrektion betheiligte haben, ganz besonders streng, weil sie von der Ansicht ausgehen, daß hierbei kein Patriotismus und kein Terrorismus entschuldigend wirke, sondern allein der verbrecherische Wille in Bedacht zu ziehen sei. Ustner hat für die rasche und tüchtige Ausrüstung der magyarischen Artillerie Ungewöhnliches geleistet, wobei er freilich durch zwei Umstände sehr wesentlich gefördert wurde; durch die Trefflichkeit der zur Verfügung gestellten Spannungspferde und den Andrang junger Leute aus bessern Familien zum Geschützdienst, was natürlich die schnelle Abrihtung und Einübung ungemein erleichtern mußte, während die k. k. Artillerie meistens nur über polnische und böhmische Rekruten gebieten konnte, deren Unkenntnis der deutschen Sprache schon bedeutende Schwierigkeiten bereitete. — Die elende Beschaffenheit der k. Postanstalt in Ungarn tritt jetzt bei den ungewöhnlichen Schneeverwehungen und dem herabgekommenen Zustand der Straßen deutlicher denn jemals vor die Augen. Verspätungen der Briefpost zwischen Wien und Ofen um ein oder zwei Tage gehören zu den gewöhnlichen Erscheinungen, was freilich bei der regen Wechselwirkung, in welcher dormalen diese beiden Hauptstädte gegeneinander stehen, sehr unangenehme Folgen haben muß. Wenn dies schon in der Verbindung der Hauptstädte der Fall ist, so kann man sich leicht denken, wie es mit der Kommunikation in den übrigen Theilen des Landes aussieht, wo das Bedürfnis weniger ins Gewicht fällt und oft ein gänzlicher Mangel an Straßen herrscht. Es wäre eben einmal an der Zeit, daß die Regierung wenigstens den Privaten nachahme, die schon längst zu kaufmännischen Zwecken mehrfach Eilfahrten unternommen haben, leichte kleine Wagen mit zwei Personen Seileite, bald Wagen, bald Schlitten, wie die Umstände es erfordern, die den Weg zwischen Wien bis Ofen mit Bauernvorspann häufig in 20—24 Stunden zurücklegen. — Der Oberstkammergraf zu Schemnitz, Freiherr v. Ritterstein wurde in Eisen und unter Militärbedeckung zur kriegsrechtlichen Untersuchung nach Pesth abgeführt. Derselbe ist der Chef des gesammten oberungarischen Bergwesens und hat als solcher einen unermeßlichen Wirkungskreis, weshalb diese Verhaftung nicht wenig Sensation verursacht. Baron Ritterstein hat sich zwar nicht direkt an der Erhebung betheiligt, allein er wird beschuldigt seine Macht gegen die Agitationsmittel der revolutionären Regierung nicht mit der erforderlichen Energie angewandt zu haben, indem er nicht nur seinen Einfluß auf die studirende Jugend an der Bergakademie opferte und den Rekrutierungen zu Gunsten der Magyaren kein Ziel steckte, sondern auch die Metallschätze der Bergwerke an die ungarischen Münzstätten abliefern. Freilich standen dem Oberstkammergrafen 20,000 Bergbauer zu Gebote, allein wie Viele davon würden seinen antimagyarischen Befehlen wohl gehorcht haben? Es ist so leicht im entfernten Lande, beim ruhigen Durchlesen der Akten hinter grünen Fenstergardinen und mit doppelter Schildwache vor dem Hausthore Energie zu predigen und das Verfahren derer zu verdammen, die inmitten der Ereignisse, gedrängt vom Augenblick und bestürmt von zahllosen Einwirkungen, zu handeln gezwungen waren. Und zuletzt könnte man wohl noch die Frage aufwerfen, ob die, welche dormalen so strenge zu Gericht saßen, sich nicht im Herzen als Mitschuldige an dem Geschehen anklagen müssen?

+ Von der italienischen Grenze, 4. Dezbr. [Die österreichische Marine. Abankung Radek's. Feindselige Stimmung der Italiener. Neues Mittel, der Konfiskation zu entgehen.] Der Eintritt der strengen Jahreszeit, die in den Postenlauf keine geringe Verwirrung bringt, hat das sonst nicht unwahrscheinliche Gerücht von der Reise des Monarchen nach Triest verstimmen lassen. Die Reorganisation der k. k. Kriegsmarine in Bezug auf ihre innere Administration ist eine der wichtigsten Angelegenheiten, die auch mit der beabsichtigten Reise des Kai-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit drei Beilagen.

Sonntag den 9. Dezember 1849.

(Fortsetzung.)

fers in Verbindung gebracht ward, denn so lange die Verwaltung des österreichischen Seewesens nicht auf deutschen Fuß organisiert ist, geht die Flotte stets auf Krücken und wird niemals jene Sicherheit und Vollkraft gewinnen, deren sie bedarf, um eine scharfe Waffe in der Hand des Staates zu sein, wie dies das Landheer geworden. Die italienischen Marinebeamten, die jetzt überall aus der Verborgenheit hervortreten und ihre frühern Stellen beanspruchen, hassen die Monarchie, der sie dienen, und von ihnen wird nie eine Hingebung und ein Eifer für die Seegelung Oesterreichs zu erwarten sein. Die Germanisirung der Marine, in der wir allein das Heil erblicken, ist nicht wenig erleichtert durch das Ausscheiden der meisten Seeoffiziere, indem von 140 Marineoffizieren im verflossenen Jahr nur 49 der kaiserlichen Flagge treu blieben und vom Marine-Ingenieurkorps haben sich vollends Alle auf Seite der Insurrektion geschlagen. Dadurch ist der deutsche Nachwuchswach ohne dem ungewein gefördert, und wenn z. B. die jüngst ausgezeichneten Kapitäne des Lloyd, Pollina, Verona und Leva, durchweg Italiener sind, so finden wir dagegen unter den dekorierten Seeoffizieren der k. k. Marine, Graf Karolyi, Littrow, Scopinich und Faber, theils Deutsche, theils deutschgebildete Männer, indes die mit Tapferkeitsmedaillen geschmückten Seefadetten Lindner, Eberle, Holberer und Kern lediglich deutsche Namen. — Man spricht jetzt viel vom Rücktritt des Feldmarschalls Radeky, der neulich wieder seinen Humor leuchten ließ, als er erfuhr, daß die Nobilität zu Treviso die durchmarschierenden Honvedtransporte dadurch zu ehren suchten, indem sie ihnen ihre Equipagen entgegenschickten. Da diese Demonstration bei der Armee einen schlimmen Eindruck hervorbrachte, so ließ er ihnen durch den Stadtkommandanten Graf Hompefch sagen, er erwarte von dem Trevisener Adel, er werde in Zukunft alle durchpassirenden Truppen in gleicher Weise empfangen. — Den schlawen Italienern ist man neuerdings hinter eine List gekommen, durch die es ihnen bei dem Einverständnis mit der regierungsfeindlichen Geistlichkeit in vielen Fällen gelang, ihre Söhne dem Waffendienste zu entziehen. Die Pfarrer fälschten nämlich die Taufbücher und trugen die Knaben als Mädchen in die Register ein; da nun die Konfektionslisten aus den Kirchenbüchern angefertigt werden, so entgingen natürlich die pfarramtlichen Hermaphroditen der Abstellung. Doch durch den Meid der Nichtbegünstigten gelangte jüngsthin dieser langjährige Unterschleif in einem Orte bei Padua zur Anzeige und hierdurch dürfte mittelst einer allgemeinen Revision der Taufbücher dem seltsamen Mittel auf lange Zeit gesteuert sein.

* Breslau, 8. Dezember. Die gestern und heut fälligen Wiener Posten (vom 6. und 7. Dezember) sind ausgeblieben.

Frankreich

× Paris, 5. Dezember. [Tagesbericht.] Der Präsident der Republik hat schon so oft Beispiele plötzlicher Entschlüsse gegeben, die Niemand geahnt hat, daß es eben so schwer ist vorher zu sagen, was er nicht thun, als was er je thun wird. So behauptet man zwar immer noch, daß die allgemeine Amnestie in der Absicht des Präsidenten liegt; ob er sie aber zur Ausführung bringen wird, darüber läßt sich nichts Bestimmtes sagen. So viel soll indes gewiß sein, daß das Ministerium mit großer Mühe das wenigstens durchgesetzt hat, die Amnestie über den 10. Dezember hinauszuschieben. Gestern sind 400 Amnestierte angekommen; der General-Prokurator hat sie in Havre empfangen und sie haben sich von jeder Manifestation auf dem Wege entfernt gehalten, mit Ausnahme eines Einzigen, der auch sofort wieder zurückgeschickt worden ist. Die Meisten haben sogleich Arbeit gefunden. — Die Schwierigkeiten in der Besetzung der Gefandtschaftsposten scheinen größer zu sein, als man allgemein annimmt, und es wird wohl vorläufig beim Alten verbleiben müssen. — Ein Gesetzentwurf, betreffend die Einführung des Zeitungstempels liegt nunmehr dem Staatsrathe zur Begutachtung vor. Die Nationalversammlung setzte heute die stürmische Debatte über die Vermehrung der Wahlbezirke fort, ohne zu einem Resultate zu kommen. — Man will wissen, daß das Gouvernement heute die Nachricht von der Uebergabe der Festung Saabha in Algerien erhalten hat. Gewisser ist die Nachricht, daß der Admiral Tramelin die Sandwich-Inseln besetzt hat. — Die Gerüchte von einem Ministerwechsel in London sind heute auch durch englische Journale hier in Umlauf gesetzt. Doch ist nach diesen die Ursache nicht in der kriegerischen Haltung Palmerstons in der ungarischen Angelegenheit zu suchen, sondern in der Freihandelsfrage, und John Russell und Palmerston haben nach dem „Standard“ Robert Peel Platz ma-

chen müssen, der ein dem Freihandels-System huldigendes Kabinet bilden werde. Die Wahrheit dieser Nachricht wird aber hier noch stark in Zweifel gezogen.

Schweden.

Stockholm, 30. Nov. [Kriegerisches.] Briefe aus den russischen Ostseeprovinzen melden, daß die Kriegesreserven verdoppelt und auf dem vollen Kriegsfuß gehalten werden.

Preußen und Deutschland.

Wenn die Frage über das Verhältnis, in welchem Oesterreich zu Deutschland stehen soll, ungewein wichtig ist, so darf die Frage über das Verhältnis Preußens zu Deutschland, sicher für wenigstens eben so wichtig gehalten werden.

Es ist offenbar, daß das frühere Verhältnis, in welchem Preußen zu Deutschland stand, seit dem vorigen Jahre wesentlich verändert worden ist. Preußen hat fast seine sämtlichen Staaten, welche früher nicht zum deutschen Bunde gehörten, in denselben aufnehmen lassen, und es ist nur ein Theil des Großherzogthums Posen mit vielleicht 300,000 Einwohnern noch übrig, der förmlich nicht zu Deutschland gehört. Dieses Landstück kann für die vorliegende Frage nicht von Gewicht sein.

Als Preußen am 21. März vorigen Jahres erklärte, es gehe nun in Deutschland auf, war sicherlich nicht nach allen Seiten hin erwogen worden, was man damit wolle. Ging nämlich Preußen in Wahrheit völlig in Deutschland auf, so verlor es streng genommen seine eigne selbstständige Stellung als europäische Macht, was man gewiß nicht wollte. Es hätte sich nämlich in allen Beziehungen als Bundesland betrachten, und demnach der obersten Bundesgewalt auch so weit wie jeder andere Bundesstaat unterordnen müssen. Der Bundestag in seinem sogenannten Plenum hatte mit einer Majorität von zwei Dritttheilen der Stimmen über Krieg und Frieden des Bundes zu entscheiden. Kein Fürst eines Bundesstaates, welcher nur zum Bundesstaate gehörige Länder regierte, hatte ohne Zustimmung des Bundes das Recht zu einer Kriegserklärung gegen auswärtige Mächte, weil das den Bund insgesamt zum Kriege genöthigt haben würde. Preußen würde in dieselbe Lage gekommen sein, in welcher sich Baiern, Württemberg, Sachsen und alle übrigen nicht europäischen Bundesstaaten befanden. Wir wollen zu einer andern Zeit erörtern, welchen Sinn jene Erklärung Preußens vom 21. März für Deutschland allein haben könne, jetzt kam es nur darauf an, zu zeigen, welchen Sinn sie nicht gehabt haben könne.

Man muß den Grafen Arnim als Minister jener Zeit loben, daß er nur halb gezwungen jene Erklärung vom 21. März unterzeichnete; weniger aber kann man billigen, was er später über den Sinn geäußert hat, den sie gehabt habe. Für unsern jetzt vorliegenden Zweck können wir weiter nichts aus dieser Erklärung entnehmen, als daß sie aus einem für das gesammte Deutschland patriotischen Gefühle entsprungen, und wesentlich ohne praktische Folgen geblieben sei.

In welchem Verhältnisse Preußen bis zum Jahre 1848 zum deutschen Bunde stand, ist bekannt. Wir müssen nun mit der preussischen Regierung durchaus annehmen, daß der deutsche Bund zwar noch bestehe, allein nicht die frühere Verfassung desselben. Es ist fast unbegreiflich, wie man das hat leugnen können. Der Bundestag hörte durch Beschluß der Frankfurter National-Versammlung vom 28. Juni 1848 mit dem Eintritte der provisorischen Central-Gewalt und deren Uebernahme durch den Erzherzog Johann am 12. Juli auf, zu existiren, nachdem er noch zum Schlusse seine Befugniß auf den Reichsverweser übertragen hatte, weshalb dieser später auch behauptete, sein Amt nicht nur von der Nationalversammlung, sondern auch von den Fürsten des deutschen Bundes erhalten zu haben. Das Gesetz über die provisorische Centralgewalt vom 28. Juni, ist von allen deutschen Regierungen anerkannt worden, also von unbestrittener Gültigkeit gewesen. Damit war ein wesentlicher Theil der alten Bundesverfassung aufgehoben. Nach Auflösung der deutschen National-Versammlung war auch die provisorische Centralgewalt nicht mehr haltbar, und hat dem provisorischen Interim Platz machen müssen, das ebenfalls nicht mit der alten Bundesverfassung in Uebereinstimmung zu bringen ist, und dessen Befugnisse, in ihrer Ausdehnung auch nicht vollständig klar sind. Uebrigens hat sich Oesterreich mit seiner Verfassung vom 4. März eigentlich völlig von Deutschland losgerissen, ohne für seine deutschen Provinzen dazu berechtigt zu sein, wovon zu einer andern Zeit. Es muß also eine neue Grundlage zur Bestimmung eines festen Verhältnisses zwischen Preußen und den übrigen deutschen Bundesstaaten gefunden werden; eine neue Bundesverfassung.

Preußen gilt zwar als europäische Macht vom ersten Range, allein man darf ohne seinem Ansehen zu nahe zu treten, wohl fragen, wie es denn mit seinen 16 Millionen Einwohnern im Stande sein soll, diese Stellung wahrhaft, d. h. wirksam und gleichberechtigt den andern Mächten von mehr als doppelt so viel Einwohnern, und mehr als doppelt so großen Hülfquellen gegenüber, auf die Dauer zu behaupten? Wenn man Preußen angreift, wird es seinen Mann stehen, das ist gewiß; aber schon ein Blick auf die Karte zeigt, mit welchen ungewein Schwierigkeiten das verknüpft, ja wie unmöglich es sein würde, wenn es sich von Deutschland abgesondert halten wollte. Endlich kann sich sein Gewicht in Europa, in der Welt, nicht allein auf seine Verteidigungsmittel stützen.

Sollten die übrigen deutschen Staaten insgesamt zur Vergrößerung der Macht anderer, vielleicht feindlicher Staaten dienen, und Preußen auf seine bisherige Macht beschränkt bleiben? Preußen muß sich an andere deutsche Staaten, oder diese müssen sich an Preußen anschließen, wenn es eine Macht ersten Ranges bleiben, wenn es seine Stellung in der Welt behaupten, und eine größere erringen will. Das kann aber nur geschehen, wenn es alle Kraft zur Gründung eines deutschen Bundesstaates d. h. einer engen Vereinigung aller deutschen Staaten, mit Ausschluß Oesterreichs verwendet, und sie durchsetzt. Das ist für Preußen eine Lebensfrage. So muß es jeder Preusse auffassen. Ist es denn vergessen, wie unbedeutend in handelspolitischer Rücksicht die einzelnen deutschen Staaten waren, bis Preußen den Zollverein stiftete, der sich zuletzt über 30 Millionen Deutsche ausbreitete? Von da hatten die Mitglieder in ihrer Vereinigung ein Gewicht, wodurch auch das Gewicht Preußens selbst, wesentlich erhöht wurde. So wird es auch in politischer Hinsicht sein, mit der Vollendung des Bundesstaates.

Es ist aber neben der Nothwendigkeit, Preußen durch Gründung des Bundesstaates eine festere und gesichrtere Stellung zu geben, und sein Ansehen zu erhöhen, auch noch ein deutsches Interesse, welches sich geltend macht. Preußen hat keine eigene Sprache, Literatur, und überhaupt Nationalität. Wir sind im Wesentlichen durchaus deutsch, haben Alles was Menschen heilig ist: Sprache, Erinnerungen, Bildung, mit den übrigen Deutschen gemein, die großen deutschen Geister in Kunst und Wissenschaft, sie gehören uns an, wie den übrigen deutschen Brüdern; die gesammte deutsche Geschichte gehört uns Allen gemeinschaftlich. Soll nun Preußen, diese wesentlich deutsche Macht, es gleichgültig mit ansehen, daß unsere Zersplitterung ohnmächtig, immer in Gefahr sind, die willkommene Beute der Macht zu werden, welche sie angreift? und wenn nun Frankreich oder Rußland den Versuch machte, wer wollte für die Dauer widerstehen? oder soll Preußen sein Schwert, wie es leider noch neuerdings gethan, für undankbare Fürstenthümer ziehen? sollte es für sie in einem weit gefährlicheren Kampfe mit feindlichen Nachbarn verbluten? Man wird wohl endlich von solchen ritterlichen Thorheiten zurückkommen, und den wahren Interessen der Nation die Stelle einräumen, die ihnen gebührt, und leider nicht immer denen der Dynastien gleich geachtet wird. Es ist ein für 16 Millionen Deutsche wie für 16 Millionen Preußen gemeinschaftliches Interesse, eng verbunden zu werden und zu bleiben. Jeder Theil wird dadurch stärker, und wenn bei denen, welche in viel kleinere Theile zersplittert sind, das Bedürfnis nach Einigung fühlbarer ist, als bei dem an sich schon ansehnlichen Preußen, so muß bei diesem die Einsicht vorwalten, daß auch ihm die Einigung, nicht für den Augenblick, sondern für die gesammte Zukunft nöthig ist. Von Eroberung mit den Waffen, kann nicht die Rede sein, wohl aber von einer Eroberung durch Klarmachung gemeinschaftlicher Interessen, wie bei dem Zollvereine. Es soll nicht von besonderen Vorzügen Preußens im Bundesstaate geredet werden, nein, alle Staaten sollen als Mitglieder verhältnismäßig gleiche Rechte haben, jeder nachdem was jeder für das Gemeinsame beiträgt. Da steht nun Preußen ohnehin Allen voran, es soll aber nur in dem Grade, als es mehr leisten kann und leistet, auch mehr Geltung haben. Denn das versteht sich, was man auch von Prinzipien schwären mag, daß der Souverain von Hessen-Darmstadt, der, wie früher der Herzog von Köthen, die öffentliche Spielbank nöthig hat, um zu existiren, nicht mit dem Souverain von Preußen auf einer Stufe stehen kann und soll.

Man kann wohl sagen, daß bei aller großen, durch manche Vorstellungen und Vorurtheile angeregten Bestimmung gegen Preußen, doch fast durch ganz Deutschland mit verhältnismäßig sehr geringen Ausnahmen die Ueberzeugung fest geworden, eine wahre deutsch, Einigung sei nicht nur nie ohne Preußen, selbige

allein nur mit Preußen, sondern sei allein durch Preußen zu bewirken. Daher selbst in Baiern von fast allen bedeutenden Städten, außer München, die Adressen für die Frankfurter Reichsverfassung, in welcher Preußen die ihm gebührende Stellung einnahm; daher von Köln bis Potsdam der unermessliche Jubel der Bevölkerung, als die Deputation von Frankfurt die Erwählung des Königs zum Kaiser nach Berlin brachte. Und noch neuerdings haben die übrigen sehr freisinnigen Abgeordneten der von den Preußen mit den Waffen unterworfenen Pfalz sich in der bayerischen Kammer laut für Preußen ausgesprochen.

Es fragt sich gar nicht, ob man den König des mächtigsten deutschen Staates wählen wolle, man muß, denn man kann vernünftiger Weise nicht anders. Die ohnmächtigen Könige wollen sich nicht einmal dem mächtigen unterwerfen, wie unvernünftig wäre es nicht gewesen, zu verlangen, der mächtige solle sich den ohnmächtigen untergeben. Eben so hat sich gezeigt, daß für Preußen gar keine Möglichkeit war, die erste Stelle abzulehnen, obgleich das, wie man nach und nach immer mehr einzusehen anfängt, auf höchst unpolitische Weise geschah, um die undankbaren Fürsten nicht zu verlegen, welche sich retten ließen, um dann zu zeigen, was sie in Wahrheit sind. Preußen hat die erste Stelle dann selbst wieder suchen müssen. Es wird sie auch einnehmen, wenn es fest, wie bis jetzt vorschreitet. Damit wird es das, wegen früheren Schwankens noch vorhandene Mißtrauen in vielen deutschen Volkstämmen zerstören, und bald werden nur wenige Fürstentfamilien mit einigen Ministern noch Preußens deutschem Vorschreiten entgegentreten. Darum muß jeder wahre Preuße, jeder wahre Deutsche, dem daran liegt, daß sein Vaterland mächtig und frei werde, die Bestrebungen Preußens, es zur Einheit, Macht und Freiheit zu führen, unterstützen. Ohne Macht sind wir sämtlich ein Spielball der mächtigen Nachbarn, und können nicht wahrhaft frei sein, denn man kann die Freiheit nicht sein Eigenthum nennen, welche man nicht behaupten kann. Ohne Einheit können wir nicht mächtig sein, also vorwärts, vorwärts Preußen! Muth muß die erste Eigenschaft derer sein, welche sich an die Spitze stellen wollen! Das deutsche Banner ist erhoben, König, Regierung, Stände haben ihre Ehre verpfändet, für die deutsche Sache zu stehen. Um das edelste und höchste Ziel, das Preußen je gehabt, zu erreichen, muß gerade hier jedes den Gegnern vorgeworfene Sonderinteresse zurückgedrängt werden, müssen sich alle Talente und Kräfte vereinigen, Alles was in Preußen Geist und Herz hat, muß sich Arm an Arm zusammendrängen, um das vom Könige erhobene deutsche Banner müssen sich alle treue Preußen scharen, und stehen wie ein Mann, und das Feldgeschrei muß immer lauter und lauter erschallen: Preußen vorwärts! Deutschland! Deutschland!

G. A. Stenzel.

Lokales und Provinzielles.

X Breslau, 8. Dez. [Sitzung des konstitutionellen Centralvereins.] In der Entwicklung der politischen Parteistellung ist gestern für Breslau und Schlesien ein neuer Wendepunkt eingetreten. Der „konstitutionelle Centralverein“ hat beschlossen, aus dem „konstitutionellen schlesischen Provinzialkomité“ auszuscheiden. — Die Debatte darüber begann mit dem Bericht Haase's über die Verhandlungen zwischen der Kommission des Klubs und dem Provinzialkomité. Jene hatte die Forderung gestellt, das Komité solle verzichten auf das Aussprechen prinzipieller Meinungen in Adressen, Petitionen u. dergl. und sich auf die Wahlagitation beschränken. — Darauf war eine abschlägige Antwort erfolgt; man wollte nur das Zugeständniß machen, in Fällen, wo der konstitutionelle Klubb mit einer solchen Manifestation dissentirte, der Unterschrift des Provinzialkomités die Namen der beistimmenden Vereine beizufügen und den konstitutionellen auszulassen. — Als die Kommission des Klubs damit sich nicht begnügen wollte, fand das betreffende Komité sich zum Zugeständniß bereit, neben der Unterzeichnung der beistimmenden Vereine den „konstitutionellen“ als dissentirend anzuführen. — Das war im Augenblicke die Lage der Sache. Der Berichtstatter knüpfte daran den Antrag der vorbereitenden Kommission: der Klubb wolle beschließen, die bestehende Verbindung mit dem Provinzialkomité aufzuheben und es der Zukunft zu überlassen, ob man in einzelnen Fällen sich über gemeinschaftliche Thätigkeit werde verständigen können.

Ruthardt und Stephan traten darauf gegen den Kommissionsantrag auf und verteidigten das Verlangen des Provinzialkomités als billig.

Gräff sprach für den Antrag und stellte die Bemerkung des bloßen Dissenses neben der Unterschrift des Provinzialkomités als unpassend dar, da man möglicher Weise der Sache selbst vollkommen beistimmen und nur die Motive nicht anerkennen könne. Er ver-

langte die Sonderung und einen „freien Bund im Interesse beider.“

Baron Richthofen: Wie es eine Demokratie gebe, die mit der Gottlosigkeit beginne und mit der Teufelei ende, so auch eine entgegengesetzte Partei, die mit der Teufelei anfinge und mit der Gottlosigkeit ende werde. Das Provinzialkomité biete nicht die Gewähr, diesen beiden zugleich die Spitze bieten zu wollen. Deshalb Trennung!

Ruthardt: Der konstitutionelle Klubb könne nicht das Recht haben, durch seinen Dissens die Manifestationen des „Provinzialkomités“ als solchen zu hindern, da er sonst die unverhältnismäßige Macht besitze, als einzelner die überwiegende Majorität ihrer Wirksamkeit zu berauben.

Kopisch: Wir bilden das Centrum; das Centrum ist nur stark, wenn es stark ist nach beiden Seiten. Nehmen wir diese Stellung ein, so wird unsere Partei wieder wachsen. Die Prinzipie müssen klar und rein hingestellt sein; wohin wir uns wenden, nach rechts oder links, werden wir den Verhältnissen entnehmen.

Somme nennt sich mit den übrigen Klubbmitgliedern „wir“ und verlangt, sie sollen mit ihm um der bevorstehenden Wahlen willen sich von den übrigen Fraktionen der konstitutionellen Partei nicht trennen. Auch er will das Recht der „Majorität“ im Provinzialkomité gegen den Einspruch des konstitutionellen Klubs gewahrt wissen.

Haase wirft dagegen ein, daß dieses Komité nur durch die Vollmacht aller einzelnen Vereine bestehe; wenn diese nicht gegeben sei, so existire es nicht als „Provinzialkomité“; es könne deshalb von einem Fügen unter die Majorität darin gar nicht die Rede sein.

Bergius behauptet, das konstitutionelle Provinzialkomité könne ohne den konstitutionellen Klubb mit diesem Namen nicht auftreten, den es nur von diesem Klubb erhalten habe.

Wilda erinnert an den Fürstensteiner Kongreß vor fast einem Jahre, wo ein so großer Theil der Versammlung auf die Rede des Herrn v. Klübow die loyale Adresse an die „Gothaer“ nicht unterzeichnet habe, da man „mit diesen nicht gehen könne.“ „Mit solchen Elementen“ folgert der Redner, „können wir nicht gehen.“

Röpell entwickelt, wie die Spannung mit dem Dr. K. die Frucht tiefstehender Wurzeln sei. Das gegenseitige Mißtrauen habe von jeher in diesem Komité bestanden; in der deutschen Frage im Mai habe es zuerst zu müssigen Erörterungen geführt, und schon damals sei sogleich dieselbe formelle Frage hervorgetreten, die noch heute diskutiert werde. Die damaligen Deputirten seien darauf aus dem Komité ausgeschieden; der Klubb habe neue gewählt, aber auch mit ihnen haben deshalb spannende Verhältnisse stattgefunden. Die leitenden Persönlichkeiten könnten nun einmal nicht mit einander gehen; die heutige Debatte zeige es klar, wie auf beiden Seiten Furcht sei vor gegenseitiger vollständiger Hemmung. Deshalb sollte man die Verbindung, die innerlich gelöst sei, offen aussprechen und nicht äußerlich hinschleppen.

Wissowa: „Auch ich war Vertreter im Dr. K. Ich habe kein Mißtrauen gehegt. Es traten zwar verschiedene Meinungen auf; ich aber habe kein völliges Mißtrauen gekannt.“

Röpell erklärt, daß er seine Aeußerung nicht auf Herrn Wissowa bezogen, sondern an die Herren Wilda, Wasserschleben und sich selbst gedacht habe; diese hätten schon damals gemerkt, daß es sich in dem Komité weit mehr um Reaktion als Konstitution gehandelt habe.

Somme warnt nochmals um der bevorstehenden Wahlen willen vor der Trennung; „wir werden ohne die andern Fraktionen der Partei keinen Deputirten durchbringen.“ — Worauf Gräff fragt, ob das weniger wäre als bisher mit denselben!

Es wird zur Abstimmung geschritten. Der Kommissionsantrag, die Verbindung mit dem Provinzialkomité aufzulösen, wird angenommen mit 31 gegen 9 Stimmen. Herr Wissowa als Vorsitzender hatte um Erlaubniß gebeten, sich der Abstimmung zu enthalten.

Gegen die Abstimmung über den Zusatz, dem Provinzialkomité dabei anzuzeigen, daß man in Fällen, in denen Verständigung möglich sei, mit ihm zusammenzugehen bereit sei, erhebt sich Protest.

Baron Richthofen fordert auf, man solle den völligen Bruch nicht fürchten und ihn nicht durch diesen Zusatz versüßen wollen.

Bergius ist gleichfalls dagegen.

Röpell warnt, mit den Anerbietungen an das Dr. K. nicht zu freigebig zu sein, da es dabei auch auf den andern Theil ankomme.

In der Abstimmung wird der Zusatz angenommen. Auf der Tagesordnung steht ferner der Kommissionsantrag: Der Central-Verein möge einen Provinzialkongreß der konstitutionellen Partei befragen.

Haase giebt als Motiv an: um die Reihen der wahrhaft konstitutionellen, die mit dem Central-Verein

auf demselben Standpunkt stehen, zu sammeln und zu schließen.

Röpell verlangt dagegen, die Versammlung solle vornehmlich der Parlaments-Wahlen wegen zusammen-treten.

Wilda fordert, die Zusammenkunft solle nur zur Vereinigung derer ausgeschrieben werden, denen die deutsche Sache wahrhaft deutsche Sache ist, und nicht preussische.

Schließlich wird Stenzels Antrag, der Kommission die Abfassung eines Programmes zur Berufung des Kongresses aufzutragen, von der Mehrzahl angenommen.

Die Vorlesung der von der Kommission verfaßten „Erklärung in der deutschen Sache“ wird auf die nächste Sitzung vertagt.

Direktor Wissowa legt das Präsidium des Vereines nieder, da er voraussetzt, daß derselbe von jetzt ab eine sehr rege Theilnahme in Anspruch nehmen werde und er sich gedrungen fühle, sich seiner Amtsführung eifriger als bisher zuzuwenden.

Nächste Sitzung über 8 Tage.

Sitzung der Stadtverordneten

am 6. Dezember.

Vorsitzender Dr. Graeger. Anwesend 75 Mitglieder der Versammlung.

Der Bau-Stat für das Jahr 1850 ging an die Bau-Kommission zur Vorprüfung und Begutachtung. Der Antrag des Abgeordneten zur ersten Kammer, Herrn v. Seydlitz, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Posen über Kosten, Lissa und Rawicz nach Breslau, war in einem Exemplar an die Versammlung gelangt. Dasselbe wurde im Bureau ausgelegt. Nach dem Bau-Rapport für die Zeit vom 3ten bis 8. Dezember waren bei städtischen Bauten beschäftigt: 8 Zimmerleute und 119 Tagelöhner.

[Wahlen.] Von den drei für das Schiedsmanns-Amt im Albrechtsbezirk präsentirten Kandidaten wählte die Versammlung den Referendarius Herrn Schröter zum Schiedsmann. Das durch das Ausscheiden des bisherigen Vorstehers erledigte Vorsteheramt im Elisabethbezirk ward dem bisherigen Stellvertreter, Kaufmann Hrn. Gierschner übertragen und der Seifenfiedermeister Herr Jeschke zum Stellvertreter ernannt.

[Bewilligungen.] Nach einer vom Magistrat vorgelegten Zusammenstellung betragen die Kosten für die diesjährigen Urwahlen 4030 Thaler und überschreiten das im Stat ausgelegte Quantum um 2030 Thaler. Magistrat verlangte die nachträgliche Genehmigung für die Ueberschreitung und bemerkte, daß bei Veranlagung des Stats nur eine einmalige Wahl habe ins Auge gefaßt werden können, daß aber im laufenden Jahre zwei Urwahlen stattgefunden, von denen die im Monat Juli sehr umfassende Borarbeiten, durch die Inbetrachtziehung der Steuerzahlung, erfordert habe. Die Veranlagung bewilligte die Mehrausgabe von 2030 Thln.

Der hiesige Gewerbeverein hat beschlossen, eine Gewerbehalle hier Orts versuchsweise zu errichten. Jeder in Breslau wohnhafte Gewerbetreibende soll berechtigt sein, Gegenstände, die er entweder mit eigener Hand gefertigt oder in seiner Werkstatt hat ausführen lassen, derselben zur Aufstellung und zum Verkauf zu übergeben. Ausgeschlossen von der Aufnahme sind nur Gegenstände, die einem schnellen Verderben unterliegen, einer besonderen Bearbeitung zur Konservirung bedürfen, oder die anderen aufgestellten Artikeln gefährlich werden könnten. Bei beschränkter Räumlichkeit sollen Gegenstände von Gewerbetreibenden, welche weber haben noch sonstige öffentliche Verkaufsstellen haben, besondere Berücksichtigung bei der Aufnahme finden. Die Anmeldungen geschehen bei dem Buchhalter im Ausstellungslokale, Dhlauerstraße Nr. 80; über die Aufnahme entscheidet die vom Gewerbeverein ernannte, aus drei Mitgliedern bestehende Kommission, die auch die Leitung und Kontrolle zu führen hat. Die Gewerbehalle steht dem Publikum täglich mit Ausschluß der Sonn- und Festtage zum Kauf, gegen feste Preise und gleich baare Bezahlung, offen; die darin aufgestellten Sachen werden gegen Feuergefahr versichert. Der Erlös für die verkauften Gegenstände wird dem Eigenthümer, nach Abzug von einem Silbergroschen pro Thaler an Verkaufsprovision und von einem Pfennig pro Thaler für einen Monat Lagermiete und Affekuranz, gleich baar ausgezahlt. Von dem Erlöse unter einem Thaler tritt an die Stelle der vorerwähnten Gebühren ein Pauschquantum, das auf drei Pfennige von jedem Viertelthaler bestimmt ist.

Das Direktorium und der Vorstand des Vereines hatten sich an die städtischen Behörden um Bewilligung einer Beihilfe zu dem in Rede stehenden Unternehmen gewendet. Magistrat befuhrwortete die Gewährung einer außerordentlichen einmaligen Zubuße von 50 Thalern, welche jedoch von der Versammlung, in Betracht, daß das Unternehmen hauptsächlich dem unbemittelten Gewerbebestande zu Gute kommen soll, und in Rücksicht der für die erste Einrichtung erforderlichen bedeutenden Kosten auf 100 Thaler erhöht und in diesem Betrage bewilligt wurde.

Die Versammlung ertheilte demnach noch die nachträgliche Genehmigung zu den im vorigen Jahre, bei der Verwaltung der Gewerbe-, Handels- und Kommunikationsabgaben stattgefundenen Stats-Ueberschreitungen in Höhe von 14,685 Thalern. Die Mehrausgaben sind hauptsächlich gemacht worden, um den brotlosen Arbeitern Beschäftigung und Verdienst zu verschaffen. Bei der diesjährigen Vertheilung des Winterholzes an Arme ist die Einrichtung getroffen, daß das Holz nicht in Kloben, wie früher, sondern gehackt verabreicht werden, und daß die Armen die ihnen zugemessenen Portionen sich in der Holzspalte-Anstalt vor dem Ziegelthore abholen sollen. In Erwägung, daß die zuletzt erwähnte Bestimmung vielen der Vertheilung die zugehörte Wohlthat verkleinern würde, indem sie wegen Altersschwäche und Gebrechlichkeit bei der großen Entfernung der Spalteanstalt das Holz selbst abzuholen außer Stande wären, und um sich in den Genuss des Almosens zu setzen, baare Auslagen machen müßten, trug die Versammlung darauf an, daß das Holz in die Bezirke gefahren und dort vertheilt werde. Sie rechnete dabei auf die thätige Mitwirkung der Herren Bezirksvorsteher, deren vielfach bewährte Fürsorge für die Armen in ihren Bezirken erwarten läßt, daß sie sich der Vertheilung gewiß unterziehen werden.

der Sängerin seine Theilnahme durch recht zahlreichen Besuch zu erkennen geben werde. T. P.

Hirschberg, 7. Dezbr. [Unglücksfall.] Am 29. Novbr., Donnerstag Mittags, ging der Hausbesitzer und Schuhmacher Weigelt aus Voigtsdorf nach Warmbrunn, um Leder einzukaufen, trat erst Abends von dort die Rückreise an und mochte wahrscheinlich sich in dem tiefen Schnee und Schneegestöber so ermüdet haben, daß er etwa ein Paar hundert Schritte von seiner Wohnung entfernt in einem Nachtwächter-Häuschen Ruhe gesucht hat, vermuthlich dort eingeschlafen und somit erfroren ist. Er hinterläßt eine Frau mit zwei kleinen Kindern und eine bejahrte Mutter. (Vote a. d. R.)

[Hüttenwerke.] Man schreibt der N. Pr. Stg. aus Oberschlesien, 5. Dezbr.: „Das Projekt des Gesamtverkaufes der königl. Hüttenwerke und Gruben scheint sich allerdings zu bestätigen, obwohl bis zur Uebergabe noch Jahre verfließen möchten. Die Unterfugung der Dismembration soll kontraktlich festgestellt und die Beibehaltung der Beamten zur Bedingung gemacht werden. Auf die Zustimmung der Kammern wird mit Zuversicht gerechnet; desto größer ist der Zwispalt in den höheren Regionen der Beamtenwelt, und es stehen im Fall der Realisirung ansehnliche Ausscheidungen in Aussicht. — Nebenbei macht man sich hier Hoffnung, daß die Werke aus dem Allodialvermögen der königl. Prinzen angekauft werden könnten. Das wäre wohl das Sachgemäße; es könnten die verschiedenen Behörden eingehen und ein einfaches Direktorium genügen; auch um liberale Behandlung aller Verhältnisse dürfte man unbesorgt sein. — Im Augenblicke jagt man sich um die großartigen Werke des Grafen Renard, die auf 10 Jahre verpachtet werden sollen. — Auf den Egl. Eisenwerken mehren sich die Bestellungen; das Stabeisen steigt, aber mit der Gußwaare steht es noch ganz traurig aus.“

Liegnik. Der pensionirte Chor-Kontrolleur und Hausbesitzer Kuhn zu Schlawa als Rathmann dafelbst; der Seisenfiebermeister Tih zu Raumburg a. D., als Rathmann dafelbst, und der bisherige interimistische Lehrer Gottschalk als evangelischer Schullehrer zu Ober-Petersdorf und Kieselwald, Hirschberger Kreises bestätigt. — Der Apotheker J. E. Schmädt in Bolkenhain hat die Agentur für die Geschäfte der Feuer-Versicherungsgesellschaft Borussia zu Königsberg in pr. niedergelegt.

Am 8. v. Mts. gewährte der vom Markte zu Siegersdorf zurückkehrende Schornsteinfegermeister Schlegel aus Raumburg a. D., in der Nähe der Pariser Baumschule, einen in den Queis gefallenen Menschen. Mit Enschlossenheit und ohne weiteres Zögern sprang derselbe in den Queis, erreichte mit eigener Lebensgefahr in der Mitte des Flusses den Berunglückten, Schreiber Kurz aus Paris, und brachte ihn mit großer Anstrengung und mit Hilfe des hinzugekommenen Dienstknichts Dittrich aus Ullersdorf an das Ufer.

Mannigfaltiges.

(Berlin, 7. Dez.) Das Opernhaus gewährte gestern den Ballet- und Musik-Freunden einen reichen Genuß. Es wurde eine neue kleine französische Oper von Bazin „der Trompeter des Prinzen“, und zum ersten Male das ungemein anmuthige Ballet: „das hübsche Mädchen von Gent“ (Hel. Grahn) zur Auf-führung gebracht. Die plastische und joviale Darstellung der herrlichen Fabel von Reinecke-Fuchs erregte darin unter den dichtgedrängten Zuschauern besonders große Heiterkeit. Mit Ausschluß des Königs-paares wohnte der gesammte Hof der Vorstellung bei. Der Prinz von Preußen wurde längere Zeit in der Loge des Grafen von Brandenburg erblickt, mit dessen Familie er sich eifrig unterhielt.

— Die Berliner A. Z. C. erzählt ein parlamentarisches Curiosum. Sie will nämlich wissen, die Wähler des Abgeordneten zur zweiten Kammer, Pfarrers Schaffranek aus Oberschlesien, hätten den Umstand, daß demselben bei der Eigenthümlichkeit seines Auftretens häufiger das Wort beschränkt ward, dahin gedeutet, als solle derselbe fortan überhaupt nicht mehr die Tribüne besteigen dürfen. „Die christlichen Oberschlesier“ (so erzählt die A. Z. C.) „geriethen hierüber weit und breit in solche Erbitterung, daß sie alle ihre Abgeordnete abberufen und keine Wiederwahlen vornehmen zu wollen droheten. (?) Bevor sie indeß diesen Schritt unternahmen, riethen Verständigere, sich doch noch etwas genauer zu unterrichten und zu diesem Behufe einen Kommissar nach Berlin abzuordnen. Dieser überzeugte sich denn glücklicher Weise gar bald von dem Ungrunde oberschlesischer Voraussetzungen, indem zufällig gerade am Tage nach seiner Ankunft, in der vorgestrigen Sitzung, der Abgeordnete Schaffranek sein Amendement wegen Niederschlagung der Regulirungs- und Ablösungskosten zu Gunsten der oberschlesischen und anderweitig Verpflichteten von der Tribüne zu vertheidigen hatte. Beruhigt ist der Oberschlesier heimgekehrt.“

(Liestal.) In der Nacht vom letzten Sonntag auf Montag wurde beim Wolfsbrunnen in der Nähe des hiesigen Orts der Leichnam eines Flüchtlings gefunden. Ermüdet vom Marsche bei regnerischem Wetter, ermattet von den Anstrengungen einer Reise, auf welcher er sich wohl nicht einmal auf's Nothdürftigste versorgen konnte, hatte er sich niedergelegt, den Kopf auf seinen Tornister gebettet, und ist so wahrscheinlich erfroren. Er trug die Uniform eines badischen Infanterie-Lambours und ist laut Schriften, welche er bei sich hatte, in der Nähe von Mannheim zu Hause. (Bern. Z.)

— Eine fürchterliche Dampfbootexplosion fand am 15. November vor New Orleans statt. Das Dampf-schiff Louisiana, nach St. Louis bestimmt, war eben bereit, in den See einzulaufen, als beide Kessel sprangen, so daß das Schiff in Stücke zerschmetterte und selbst zwei andere Fahrzeuge, die sich in der Nähe befanden, stark beschädigt wurden. Leider waren die 3 Schiffe mit Passagieren gefüllt, und man betrauert den Verlust von 200 Menschenleben. Es waren meistens Auswanderer, die auf dem Wege waren, sich in dem westlichen Amerika anzusiedeln. Der Kapitän des Schiffes ist festgenommen, weil man das Unglück einer Nachlässigkeit von seiner Seite zuschreibt. — Ein anderes Dampfboot explodirte ebenfalls am folgenden Tage zwischen New-Orleans und Mobile, wodurch der Ingenieur und mehrere Arbeiter getödtet, und verschiedene Passagiere verwundet wurden. Aehnliche Unfälle; jedoch ohne Verlust an Menschenleben, werden bei vier anderen Schiffen berichtet. Selten ereigneten sich so viele beunruhigende Fälle zu gleicher Zeit.

— In Hayti regiert Kaiser Faustin I. mit großem Pomp. Außer den Prinzen und Herzögen, deren Ernennung schon erwähnt, hat er noch 300 Barone und 500 Grafen kreirt, von welchen viele mit den neuen Orden des Reichs decorirt wurden.

— Afrika's Reichthum an Elephanten ist ungeheuer. In Doncaster hielt neulich ein Herr Dalton darüber einen Vortrag. Allein die Stadt Sheffield verarbeitet jährlich für 210,000 Thaler Eisenblech, und beschäftigt in diesem Gewerbezweige mehr als 500 Menschen, welche 45,000 Elephanzähne, gleich 180 Schiffstonnen Gewicht, in Fabriken umgestalten. Um den Bedarf dieser Stadt zu befriedigen, müssen also jährlich 22,500 Elephanten erlegt werden.

— Wie machen die Grundbesitzer und Freihändler aufmerksam darauf: daß in der jüngsten Auktion in London von 20,000 Ballen australischer Wolle bereits deutliche Käufer sich betheiligten. Die Nuganwendung mache Jeder nach Belieben! P. C.

Handelsbericht.

* Breslau, 8. Dezember. An unserm Getreidemarkte hält die gute Stimmung für alle Feldfrüchte an; wenn auch die Preise nicht steigend anzunehmen sind, so ist es in dieser Jahreszeit schon sehr gut, wenn sich Preise gut behaupten, und alles was angeboten wird, rasch Käufer findet. Es läßt sich demnach folgern, zumal sich unsere Spekulanten beim Ankaufe sehr betheiligten, daß sich Preise fürs nächste Frühjahr bessern und der Abzug nach andern Provinzen, besonders aber nach England, bedeutend sein wird.

Heute wurde bezahlt weißer Weizen 42 bis 52 Sgr., gelber Weizen 38 bis 50 Sgr., Roggen 25 bis 28 Sgr., Gerste 20 bis 24 Sgr. und Hafer 16 bis 18 Sgr.

Für Delisaaten bleibt der Begehr geringe, am meisten veranlaßt sind Sommer-Rübsen, wovon noch immer ziemliche Quantitäten zum Markte kommen, es gilt Rapps 106 bis 111 Sgr., Sommer-Rübsen 84 bis 91 Sgr. und Lein-saat 1 1/2 bis 2 1/2 Thlr.

Wenn wir auch in den ersten Tagen der Woche bedeutende Umsätze in Kleesaat hatten, so scheint es doch, als wollte es seit gestern flauer damit gehen, besonders aber wollen Käufer auf geringe und mittlere Sorten nicht reflektiren. Die auswärtigen Berichte, welche über diesen Artikel fest lauten, sollten wohl unsere hiesigen Spekulanten mehr animiren, da wir jedoch in den Preisen schon gegen Hamburg vorausgeht sind, so muß bei uns natürlich erst ein Stillstand eintreten, (wenn unsere Käufer bei ihren Einläufen nicht immer Geld verlieren wollen), um Inhaber etwas herabzustimmen. Es ist heute anzunehmen für rothe Saat 9 1/2 bis 15 Rthlr. und für weiße 6 bis 14 1/2 Rthlr.

In Spiritus ist der Handel sehr schwach, unsere Konsumenten kaufen nur das Nöthigste und bewilligen nur 6 Rthlr., was wohl auch von einigen Spekulanten zu bedingend bleibt. Der bedeutende Schneefall hat viele Wege fast unfahrbar gemacht, und besonders hält es schwer, mit voller Ladung zu fahren, aus dem Grunde kann auch von Spiritus nicht besonders viel zugeführt werden, sobald aber die Wege sich bessern, haben wir alsdann eher einen Rückgang in dieser Branche zu gewärtigen, weil in diesem und den nächstfolgenden Monaten bedeutend mehr fabricirt werden wird, als unser Bedarf sein könnte.

Rübsöl bleibt stille und fast ohne Geschäft, es wird allgemein für loco Waare 14 1/2 Rtl. gefordert, und wie es scheint, wollen ernste Käufer nicht mehr als 14 1/2 bis 14 1/2 Rtl. anlegen.

Zink bleibt ruhig, für loco Waare dürfte 4 Rtl. 22 Sg. zu erreichen sein.

[Deutsche Marine.] Aus einem in einer Berliner militärischen Zeitschrift erschienenen, von einem ehemaligen Abgeordneten in Frankfurt verfaßten ausführlichen Bericht über die Bildung der deutschen Marine, ihren gegenwärtigen Zustand, die bisherige Verwendung und die Angemessenheit der Hafenplätze geben wir nachstehende Mittheilungen. — Die technische Kommission hatte zwei Stadien angenommen für die Entwicklung der Marine, deren erstes vom 1. April bis 1. September 1849 lief. Sechs Millionen Gulden sollten jährlich für die Marine verwendet werden. Von der ersten Rente von 3 Millionen wurden aber nur 2,500,000 Gl. eingezahlt. Preußen zahlte seinen Beitrag mit 900,000 Thaler; Oesterreich, Sachsen, Baiern, blieben zurück! Die zweite Einzahlung fiel noch unvollkommener aus. Für die erste Periode des ersten Stadiums sollten davon 16 größere und kleinere Fahrzeuge, von 1 bis 32 Kanonen hergestellt werden. In der zweiten Periode bis zum 1. Juni sollten noch drei Fahrzeuge, die in England gebaut wurden, und in der dritten Periode bis zum 1. September 1849 noch 11 Fahrzeuge hinzukommen. Doch gingen Bau und Ausrüstung nicht so von Statten. — Für das zweite Stadium war eine deutsche Flotte von 15 Segelfregatten, à 60 Kanonen, 5 Dampffregatten à 500 Pferde Kraft, 20 Dampforvetten à 300 Pferde Kraft, 10 Dampfsavisos à 180 Pferde Kraft und 5 Schooner veranschlagt. — Hinter diesem Ziele sind wir allerdings weit zurückgeblieben. Doch ist ein erfreulicher Anfang geschehen, und ganz einig wird man mit dem Verfasser sein, daß allmählig fortgeschaffen werden müsse, da eine improvisirte Marine eine Unmöglichkeit ist. — Interessant sind ferner in dem Aufsatz die Mittheilungen über die einzelnen Unternehmungen der ins Leben getretenen Marine. Desgleichen die Untersuchungen über die zweckmäßigen Hafenplätze. Hela als Haupthafen, Swinemünde als Nebenhafen, erscheinen als die geeignetsten für die Ostsee. Für die Nordsee die Lokalität der Jade, am Krautsand (Stückstadt gegenüber) und der Nebenhafen Bremerhafen. — Die ganze Sache liegt, wenn auch in keinem glänzenden Stadium, doch in einem, das eine günstige Entwicklung für die Zukunft verspricht. Demjenigen, der von Anfang an bedachte, daß der Boden der Praxis schwieriger zu bearbeiten ist, als der der Theorie, wird das Geschehene im Allgemeinen genügen können. Nur darf man freilich nicht stehen bleiben.

Insertate.

Bekanntmachung.

Die Zinsen der bei der städtischen Sparkasse niedergelegten Kapitalien werden für den Weihnachts-Termin d. J. alle Wochen-Nachmittage von 2 bis 5 Uhr, jedoch mit Ausschluß des Freitags, vom

7. bis 16. Januar 1850

in dem rathhäuslichen Fürstensaale, und vom

17. bis 24. Januar 1850

in dem parterre gelegenen Sparkassenlokale auf dem Rathhause ausgezahlt werden. Die Sparkassenbücher, von welchen ein Verzeichniß der Namen und Nummern vorzuzeigen, werden sofort abgestempelt und mit den Zinsen zurückgegeben werden, weshalb jeder Inhaber eines Buches die Rückgabe desselben, im Amtlokal abzuwarten hat. Die nicht abgeholtten Zinsen von Sparkassenbüchern über 300 Thlr. werden nicht wieder verzinst.

Breslau, den 1. Dezember 1849.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Bitte.

Bei der strengen Kälte hat sich die Zahl der unentgeltlich zu versorgenden Kranken, welche an äußeren Schaden leiden, bedeutend vermehrt, so daß die Verwaltung des Hospitals zu Allerheiligen wegen Beschaffung von, zu Charpie und zu Verbänden geeigneter Leinwand in größter Verlegenheit sich befindet.

Wir sehen uns daher veranlaßt, an unsere Mitbürger, und insbesondere an die mildthätigen Frauen abermals die dringende Bitte zu richten:

das Kranken-Hospital durch Zuwendung von alter Leinwand und Charpie menschenfreundlich recht bald unterstützen zu wollen.

Auch die kleinsten Gaben dieser Art sind willkommen und werden zu jeder Zeit in der Schaffnerei des Hospitals dankbar angenommen.

Breslau, den 5. Dezember 1849.

Die Direktion des Kranken-Hospitals zu Allerheiligen.

Der evangelische Verein

versammelt sich Dienstag, den 11. Dezember, Abends 7 Uhr im Elisabeth-Gymnasium. Berathung über die Fragen, welche den Gottesdienst betreffen.

Theater-Nachricht. Sonntag den 9. Dezbr. 61te Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen.

Montag den 10. Dezbr. 62te Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. Vorletztes Auftreten des Fräulein Louise Meyer.

Zur Theater-Lotterie-Abonnements-Verloosung sind ganze Loose zu 4 Rthlr. und halbe Loose zu 2 Rthlr. Morgens von 9-12 Uhr und Nachmittags von 2-4 Uhr im Theater-Bureau und im Comtoir Herrenstraße Nr. 28 zu haben.

Verlobungs-Anzeige. (Statt jeder besonderen Meldung.) Als Verlobte empfehlen sich Verwandten und Freunden ergebenst: Marie Erw. Einwald, geb. Feinke. Albert Brand.

Entbindungs-Anzeige. Die heut früh 4 1/2 Uhr glücklich erfolgte Entbindung meiner lieben Frau Charlotte, geborene Sissel, von einem gesunden Knaben erlaube ich mir hierdurch Freunden und Verwandten ergebenst anzuzeigen.

Todes-Anzeige. (Statt jeder besonderen Meldung.) Heute früh entschlief nach kurzem Krankenlager an der blässigen Kopf- und Gesichtskroste mit hinzugegetretenem typhösem Fieber unser lieber Sohn und Bruder, der General-Pächter von Borne August Wilde, in dem Alter von 35 Jahren.

Friede seiner Asche! Borne, den 8. Dezember 1849. Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige. Meinen Freunden und überhaupt allen Mitführenden nur auf diesem Wege die herbe Anzeige, daß gestern Abend nach 8 Uhr meine Frau, Antonie, geb. König, zur ewigen Ruhe gieng. Seit allein und die Zeit können die Wunden heilen, welche dieser viel zu frühe Tod mir und meinen acht Kindern geschlagen hat.

Dresden, am 6. Dezember 1849. Eduard Kunitz, Schäferer-Direktor.

Allen denen, welche am Begräbniß meines verstorbenen Mannes, des Cafetier Bartisch, so innigen Antheil genommen, sage ich meinen tiefgefühlten herzlichsten Dank. Die trauernde Wittwe Caroline Bartisch, geb. Geisler.

Verein für Geschichte und Alterthum Schlesiens. Montag, den 10. Dezember um 6 Uhr, im Lokale der Gesellschaft für vaterländische Cultur (Börse, Blücherplatz) G. A. Stenzel: Waldstein als Herzog von Sagan.

Technische Section. Montag, den 10. December, Abends 6 Uhr. Herr Prof. Dr. Duflos über Bereitung der Schwefelsäure und des Blutlaugensalzes im Grossen. Zum Schluss Wahl des Sekretärs.

Donnerstag, den 13. December Zweites Concert

des akademischen Musikvereins. Die Einnahme wird als Weihnachtsgabe zur Bekleidung armer Kinder dem hiesigen Frauenvereine für Bekleidung und Speisung der Armen übergeben. J. Dittlich. J. Haucke. A. Rücker.

Musikalisches. Der Verfasser der bei mir zu habenden „Theoretisch-praktischen Anleitung, nach eigener Phantasie zu spielen etc.“ ist gegen billiges Honorar gern erbötig, den Inhalt dieses Buches privatim zu lehren, sowie auch gewöhnlichen Flügelunterricht zu erteilen. Geneigte Meldungen übernimmt: O. B. Schulmann, Albrechtsstrasse Nr. 53.

Theater-Annonce. Schauspieler und Schauspielerinnen können sofort Engagement erhalten, und wollen sich in frankirten Briefen melden. Bries, den 8. Dezember 1849. Die Theater-Direktion zu Bries.

Anzeige. Ich wohne jetzt in der Nähe des Oberschlesischen Bahnhofes, Lanzenstr. Nr. 63 (Lanzen- und Bahnhofstrassen-Ecke). Dr. C. Meyer, praktischer Arzt und Wundarzt.

Sowohl unsern vollständigen Musikalien-Verh.-Institut, als auch der reichhaltigen deutschen, französischen und englischen Lesebibliothek können täglich neue Theilnehmer unter billigen Bedingungen beitreten. F. E. C. Peuckart in Breslau, Kupferschmiedstr. 13, Schuhrück-Gde.

Warnung. Die am 2. Juli gezogene Serie I. Nr. 740 Niederschl.-Markt. Prioritäts-Aktie über 100 Rthl. ist verloren gegangen. Indem vor Ankauf derselben gewarnt wird, erhält der Wiederbringer derselben eine angemessene Belohnung bei J. Wiesner u. Süskind, Dhlauerstr. Nr. 5.

Bei Antiquar Carl Böhm, am Neumarkt Nr. 17, ist zu haben: Kogebue, Alman. dramat. Spiele, zur gesell. Unterh. auf d. Lande, 10 Jahrgänge mit Kupfern, statt 20 Thlr. für 2 1/2 Thlr. Paul Scholz Werke d. Altmacht, 10 Bde. mit 120 Kupf. statt 13 1/2, noch ganz neu, f. 4 Thlr. Botan. Pracht-Bilderbuch zu jeder Botanik, in 100 Blatt fein illum. Kupf. 1831. statt 26 1/2, noch ganz neu, für 3 Thlr. Die Geheimnisse von Paris, 10 Bde. f. 1 Thlr. 50 Chodowiecki 2 Thlr.

Wiener Glysium, Schuhrück Nr. 21. Sonntag den 9. und Montag den 10. Dezember: Außerordentliche Produktion der neuen Magie, mit und ohne Apparat. Repräsentirt von dem Baudredner und akademischen Künstler F. Meißner. Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Café restaurant. Sonntag: Großes Konzert der Breslauer Musikgesellschaft. Anfang 4 Uhr. Entree a Person 2 1/2 Sgr.

Wintergarten. Heute den 9.: Großes Konzert. Auf mehrfache Anfragen die ganz ergebene Anzeige: daß die Logen nie vermietet sind und jedem Gast die freie Benutzung zusteht.

Weiß-Garten. Sonntag den 9. Dezbr. Nachmittag- und Abend-Konzert der Philharmonie unter Direktion des Herrn Johann Söbel. Entree für Herren 2 1/2, für Damen 1 Sgr. Anfang 3 1/2 Uhr. Ende 9 Uhr.

Zur Tanzmusik. Sonntag den 9. Dezbr. lade ich ergebenst ein und bemerke, daß ich die Schlittenbahn in Stand habe setzen lassen. Seiffert in Rosenthal.

Tanz-Unterricht. Der zweite Kursus, unter Leitung des Herrn Krene, beginnt mit Neujahr. Dies zur Antwort der vielen Anfragen. Es werden von jetzt ab Anmeldungen angenommen Weidenstraße Nr. 27, eine Stiege.

Lokal-Veränderung. Die Leinwandhandlung von Karl Helbig befindet sich von morgen ab Dhlauerstraße 1, in der Kornecke. — Gleichzeitig empfiehlt dieselbe ihr wohl assortirtes Lager von weißen Leinen, Drill, Büchen-, Inlett- und Schürzenleinwand; bunte Kessel, Hals- und Taschentücher, alle Sorten Futterzeuge, sowie alle in diese Branche gehörenden Artikel und versichert, bei ganz reeller Waare, die aller-niedrigsten Preise.

Ring Nr. 27, 1. Etage soll mit einer großen Partie von Tuch- und Bukelin-Resten und zurückgesetzten Robewaaren für Herren bis Weihnachten geräumt werden. Zu ansehnlichen doch billigen Geschenken würden sich vorzüglich eignen: Winterbukelins, den Stoff zum Beinkleid von 2 Rthl. 10 Sgr. an, seidene Westen von 22 1/2 Sgr. an, Atlas-Halstücher und Shawls, zu 27 1/2 Sgr., wollene Shawls von 10 Sgr. an, wollene Westen von 17 1/2 Sgr. ab, schwarze Tuch-Reste zu Röcken und Fracks für 3-3 1/2 Rthl. und ganz seidene Taschentücher zu 25 Sgr. und 1 Rthl. u. s. w. Es sind sehr gefällige Muster zur Auswahl vorräthig.

Gasäther und Despirt in bester Qualität, a Pfd. 4 1/2 Sgr., ist wieder zu haben bei: Strehlow u. Rakwitz, Kupferschmiedestraße Nr. 16.

Aus dem Weihnachtslager der Buchhandlung Ferdinand Hirt, Breslau, am Naschmarkt Nr. 47.

In Unterzeichnetem ist erschienen, an alle Buchhandlungen versandt worden, und in Breslau bei Ferdinand Hirt (Naschmarkt Nr. 47), in Ratibor bei Kessler, in Krotoschin bei A. E. Stock zu haben:

Ansichten der Natur von Alexander von Humboldt. Dritte verbesserte und vermehrte Ausgabe.

Zwei Theile. 8. brochirt. Preis 2 Thaler 20 Silbergroschen. Bald nach seiner Rückkehr aus der neuen Welt, wo er durch erstaunliche wissenschaftliche Thätigkeit den Grund zu seinem Ruhme gelegt, gab Alexander von Humboldt seine Ansichten der Natur heraus, ein Buch, das eine Reihe der anziehendsten Naturbilder in der edelsten Sprache enthielt, wobei jedem Abschnitt wissenschaftliche Erläuterungen beigegeben waren. Humboldt verfolgte dabei den doppelten Zweck, „die Phantasie zu beschäftigen, und durch Vermehrung des Wissens das Leben mit Ideen zu bereichern.“ Er wollte nicht nur eine geistreiche Lektüre bieten; er wollte, indem er der belebten Schilderung einzelner Landstriche und Naturerscheinungen die wissenschaftlichen Belege beifügte, den Leser mit dem wahren Wesen der auf strenge Beobachtung gegründeten Wissenschaft bekannt machen; er wollte ihm durch die Einsicht in die durch die ganze Natur herrschende Gesetzmäßigkeit eines der reinsten und kräftigsten Bildungsmittel an die Hand geben. Seit der ersten Ausgabe dieses vortrefflichen Buchs ist fast ein halbes Jahrhundert verfloßen. Mit dem Rufe des großen Naturforschers haben sich seitdem alle Zweige der Wissenschaft mächtig ausgebreitet, eine Menge ganz neuer Begriffe und Anschauungen sind zur Geltung gekommen, und so erwarb sich der kein geringes Verdienst, der ein Buch, das seiner Zeit für die deutsche Kultur von nicht geringer Bedeutung gewesen, nach den heutigen Standpunkten umarbeitete. Daß es aber dem hochverehrten Verfasser noch mehr als einem Menschenalter vergönnt sein sollte, dies noch selbst zu vollbringen, das erscheint uns als die wunderbare Krönung des reichsten und fruchtbarsten Lebens. Kaum hatte der achtzigjährige mit seinem Kosmos dem gebildeten Europa das werthvollste Geschenk gemacht, so griff er mit Liebe zum bedeutenden Werk seiner Jugend, um es zum Genuß eines neuen Geschlechts zu verjüngen. Die neue Ausgabe ist fast um die Hälfte stärker als die zwei früheren; mehrere Abschnitte sind ganz neu, die wissenschaftlichen Erläuterungen sind fast alle ergänzt oder durch neue inhaltreichere ersetzt; die den ältern unserer Zeitgenossen so werthen „Ansichten der Natur“ sind nach dem heutigen Stande des Naturwissens und nach dem Bedürfnisse der Zeit völlig umgeschmolzen. Humboldt selbst spricht es im Vorwort aus, daß die Verbindung eines literarischen und eines rein wissenschaftlichen Zwecks eigenthümliche Schwierigkeiten darbiete. Schwerlich möchte einer der jetzt Lebenden eine solche Aufgabe glücklicher lösen als der Mann, bei dem sich, was so selten ist, der höchste wissenschaftliche Scharfsinn und das ausgebreitetste Wissen mit dem bedeutendsten schriftstellerischen Talent vereinigt finden. Dieses Buch ist für alle Bildungslustigen von größter Bedeutung, und wer es genossen und darüber der wirren Gegenwart Deutschlands vergessen hat, der mag Trost aus dem Gedanken schöpfen, auf welcher Höhe ein Volk stehen muß, aus dessen Geist solche Werke geboren werden. Stuttgart und Tübingen. J. G. Cotta'scher Verlag.

So eben erschien bei C. A. Händel in Leipzig, und ist in allen Buchhandlungen zu haben, in Breslau vorräthig bei Ferdinand Hirt (Naschmarkt Nr. 47), in Ratibor bei A. Kessler, in Krotoschin bei A. E. Stock:

Bilder-Album aus Ungarn.

Taschenbuch mit 18 Stahlstichen, nach Zeichnungen von N. v. Barabas. In rothe engl. Leinwand mit Goldprägung eleg. gebunden 2 Thlr. 12 Sgr.; ebensd gebunden und mit Goldschnitt 2 Thlr. 16 Sgr. Dieses Album ist besonders als elegantes Weihnachtsgeschenk zu empfehlen.

Im Verlage der Unterzeichneten sind folgende Werke erschienen, und in Breslau bei Ferdinand Hirt (Naschmarkt Nr. 47) vorräthig, so wie in Ratibor durch A. Kessler, in Krotoschin durch A. E. Stock, und durch alle andern Buchhandlungen zu beziehen:

Literarischer Nachlaß

der Frau Caroline von Wolzogen.

Zwei Bände. Geheftet Preis 3 1/2 Thaler., elegant gebunden 4 Thaler. Bedeutend und anziehend durch die Briefe von Schiller (an Frau und Schwägerin), Goethe, Carl August, W. v. Humboldt, Knebel, Frau v. Staël, Wof, Körner, Graf Reinhard, Klingler, Fichte, v. Stein, Johannes Müller.

Yoric's sentimentale Reise.

Aus dem Englischen des L. Sterne. Gr. Octav. Geh. Preis 2 Thaler. Illustriert durch die vortrefflichen Holzschnitte nach Tony Johannot.

Religiöse Lieder

von Carl August Georgi. Preis: geheftet 1/2 Thaler., elegant gebunden 1 Thaler. Einfache, christliche Lieder, der häuslichen Erbauung gewidmet.

Predigten

von Dr. Fr. A. Wolf. — Sechs Sammlungen. Geheftet. Preis 8 Thaler. Jede einzelne Sammlung 2 Thaler. Leipzig, im Dezember 1849. Breitkopf & Härtel.

In der Arnoldschen Buchhandlung in Leipzig ist so eben vollständig erschienen und in Breslau durch Ferdinand Hirt, (Naschmarkt Nr. 47), Ratibor durch A. Kessler, in Krotoschin durch A. E. Stock, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

A. v. Tromlig's sämmtliche Schriften.

Neue Ausgabe. 108 Bändchen in Taschenformat. broch. Preis 18 Rthl.

Gustav Schilling's sämmtliche Schriften.

Neue Taschenausgabe. 1-108 Bändchen. broch. Preis 5 Sgr. pro Bändchen. Das Ganze wird 80 Bändchen umfassen, von denen monatlich 12-16 erscheinen, — mithin das komplette Werk nur 13 Rthl. 10 Sgr. kosten.

Außer den vorstehenden und allen irgendwie öffentlich angekündigten, in Katalogen oder durch besondere Anzeigen empfohlenen Gegenständen des Buchhandels, bietet unser bedeutendes Lager eine gewählte Sammlung zu Festgaben für die Jugend und für Erwachsene vorzugsweise geeigneter Werke der deutschen, wie der ausländischen Literatur.

Ferdinand Hirt's Buchhandlung.

Bekanntmachung.

Ich habe hier ein Theatergeschäfts-Bureau eingerichtet und mache dies allen meinen Freunden und ehemaligen Kunstgenossen mit dem Bemerkten bekannt, daß ich alle, wie immer geartete Aufträge in Theater-Angelegenheiten und Engagements unter denselben Bedingungen, wie jedes andere derartige Institut, übernehme und selbe auf das Pünktlichste und Schnellste besorgen werde.
Mein bekannter Eifer für die Sache und das Wohl eines Jeden, welcher mich mit Aufträgen beehren dürfte, möge denselben als Garantie dienen.
Wien, im November 1849.

Max Wiedermann,

ehemaliger Sänger, Schauspieler und Regisseur,
Wieden Nr. 797, 3. Stiege, 1. Stock, nächst der Theaterbrücke.

Janus,

Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg.

Neue Anmeldungen vom 1. Januar d. J. bis 9. November: **2,041,260** Mark Banco.
Neue Lebens-Versicherungen in diesem Zeitraum: **1,522,835** Mark Banco.
Statuten und Prospekt unentgeltlich bei:

Lübbert & Sohn, B. Boas, A. Geisler, } in Breslau.
Junkerstraße Nr. 2. Büttnerstr. Nr. 3, Schuhr. Nr. 57, }
Louis Kreißler in Liegnitz.

- | | |
|---------------------------------------|--|
| W. A. Ackermann in Namslau. | G. Matthées in Grünberg. |
| A. E. Bayer in Sprottau. | J. Pappenheim in Larnowitz. |
| Sigism. Berliner in Groß-Glogau. | Pfeffer, Senator, in Suhrau. |
| H. Blanzger in Brieg. | R. W. Plücker in Waldenburg. |
| Heinr. Brückner in Goldberg. | J. A. Prager in Leubus. |
| Buschmann, Kr.-Ger.-Sekr., in Lauban. | H. Raymond in Lüben. |
| Dreyfuch, Registrar, in Löwenberg. | L. Raymond in Seidenberg. |
| E. B. Gerste in Görlitz. | L. Sachs jun. in Suttentag. |
| Theodor Glogner in Haynau. | J. L. Schmäk in Vollenhain. |
| E. Henning in Rothenburg. | L. Simmel in Neumarkt. |
| J. Hoeniger in Rybnick. | A. Tschirch in Jauer. |
| J. Hoffmann, Kommissionär, in Glas. | Ferd. Warmuth in Steinau a. D. |
| E. Junghans sen. in Schweidnitz. | Weber, Schornsteinfegmstr., in Strehlen. |
| Kuchler, Kammerer, in Nimpsch. | E. Weinmann in Hirschberg. |
| E. Lubowski in Gleiwitz. | Fr. Wm. Weiß in Reichenbach. |

Geschäfts-Eröffnung.

Hiermit beehre ich mich die ergebene Anzeige zu machen, daß ich am hiesigen Platz **Ring Nr. 33, Eingang am Sinter- oder Kränzel Markt,** ein **Zwirn-, Band-, Wollen- und Baumwollen-Strickgarn-Geschäft**

errichtet habe. — Indem ich alle in dieses Fach gehörenden Artikel der gütigen Beachtung empfehle, versichere ich meinerseits die prompteste und reellste Bedienung, und werde ich das mir zu schenkende Vertrauen meiner geehrten Gönner im vollsten Maße zu rechtfertigen wissen.
Breslau, im Dezember 1849.

Louis Kordecky.

Ich beabsichtige meine Leinwand-, Tischzeug-, Baumwollen-Waaren- und Tischzeug-Handlung

aufzugeben, und verkaufe von heute ab meine Waaren zu und unter den Fabrik-Preisen. — Ein geehrtes Publikum erlaube ich mir ganz besonders die feinen, rein **leinenen Damast-Gebirde**, à 6 bis 24 Personen; desgleichen Handtücher, feine Weben, gebleichte und Creas-Leinwand, fein leinene, baumwollene, wollene und seidene Kaffe-Servietten und Tischdecken, Möbel-Damaste, Züchen- und Inlet-Leinwand, Drillsch, gebl. und ungebl. Parchent, fertige, sehr sauber gearbeitete Leib- und Bettwäsche und andere zu Weihnachts-Geschenken sich eignende Artikel, aufmerksam zu machen. Um recht bald zum Ziele zu kommen, bitte ich um zahlreiche Abnahme. Breslau, den 9. Dezember 1849.

Moriz Hauser,

Bücher-Platz-Ecke, in den 3 Mühren.
R. S. Geschäfts-Freunde, welche auf mein innehabendes schönes Lokal reflektiren, wollen sich gefälligst an mich wenden.

Restaurations-Eröffnung.

Einem hochgeehrten Publikum, so wie auch meinen früheren Gästen und Gönnern zeige ich hiermit ergebenst an, daß ich die

Bairische Bierhalle nebst Restauration und Billard,

im **Heldschen Hause, Ohlauerstraße Nr. 9,** übernommen habe. Um zahlreichen Zuspruch bittend, werde ich bemüht sein, für gute Getränke, schmackhafte Speisen, zu jeder Tageszeit nebst prompter Bedienung zu sorgen.
S ö h l i c h.

Beachtungsworth.

Bis zum 15. d. ist goldne Rabe Gasse Nr. 26 eine vollständige Einrichtung für eine Spezereiwaarenhandlung, bestehend in Repositorien, Ladentischen und sonstigen Utensilien, alles fast neu, billig zu verkaufen. Auch stehen gleichzeitig die **Waarenvorräthe** unterm Stadtpreise zu Gebote.

Ausverkauf.

Auffallend billig verkaufe ich zurückgesetzte Stickereien, als:
Chemisets 6 Egr., Kragen 3 Egr., Manchetten 2 Egr.,
Battist-Taschentücher 5 Egr., Cachemir-Gravatten 4 Egr.,
Spitzen-Fraisen 15 Egr., gleichzeitig empfehle ich eine schöne **Sendung Pariser Stickereien** in ganz neuem Geschmack zu Fest-Präsenten passend, auch Mull und Battist zu wirklich billigen Preisen. Kinder-Mäntel und Kleidchen für Knaben und Mädchen in Sammet und Wolle sind wieder ganz neu vorrätig.

J. Seelig,

Schweidnitzer-Straße Nr. 52, erste Etage.

Zobel-Bisam-Muffe,

dauerhaft und schön, in dieser Couleur ganz neu.

Kinder-Muffe,

in großer Auswahl zu billigen Preisen, empfiehlt:

Karl Heinke, Albrechtsstr. Nr. 13, neben der Egl. Bank.

Für Damen!

Veränderungshalber soll mit den Waaren-Vorräthen der **Weiß-Waaren-, Stickereien- und Spitzen-Handlung, Neufche-Straße Nr. 2, im goldenen Schwert,** bis Weihnachten geräumt werden. — Dieselben bestehen in allen Sorten Gardinen-Beuge, ^{1/2} große feine Cachemir-Tischdecken, weiße und rosa Piqué-Bettdecken, zu Negligees: gemusterte Cambrics, weißgestreifte Drills und Piqués, gestickte Mull-, Battist- und Plisse-Streifen und abgepaßte Unterröcke, zu Ballkleidern: ^{1/2} breite Tarlatane in allen Farben, weiße feine Muls, abgepaßte weiße und bunte Ball-Roben, zu **Stickereien:** Pellerinen von 12^{1/2} Egr. bis 3 Rtl., Chemisets von 6 Egr. bis 1^{1/2} Rtl.; Ueberfallkragen von 2 Egr. bis 1 Rtl., Manchetten, Hauben, Unterärmel, schottische und echte Battist-Tücher, Brüsseler Charpes, schwarze und weiße Halbschleier, sowie auch alle Breiten weiße und schwarze Spitzen. Alle genannte Gegenstände sind meist von jüngster Saison und werden zu **äußerst billigen Preisen** verkauft.

Alexandre, Marchand Coiffeur de Paris, 74 Ohlauerstraße 74,

erlaubt sich, auf sein gut assortirtes Waaren-Lager französischer und englischer Parfümerien, Galanterien, Quincallerien, Bürsten, Herren-Garderobe-Artikel aufmerksam zu machen, und findet man in seinem Magazin tausenderlei Neuheiten, welche sich vorzüglich zu Weihnachts-Geschenken eignen.
Dieses Haus verkauft keine Contrefaçon und garantirt mit dem 100fachen Betrage die Richtigkeit der Waare.

Der billige Schnittwaaren-Verkauf
bei **W. B. Cohn, Ring Nr. 10, im früher Holschanschen Hause,** wird fortgesetzt, und sind folgende Artikel wegen ihrer außergewöhnlichen Billigkeit zu beachten: halbwollene u. Affandrin-Kleiderstoffe zu 1 Rtl. 10 Egr. bis 2 Rtl. 10 Egr. das Kleid; ächte Thibets, Zwilbs, Camlotts, Mousseline de laine und Battist-Kleider u. s. w.; 3 Ellen große halbwollene Umschlagetücher, zu 25 Egr.; 2 Ellen große Majeppa-Umschlagetücher, zu 7^{1/2} Egr.; 3 Ellen große ganzwollene Umschlagetücher, zu 1 Rtl. 20 Egr.; durchwirkte Wiener und französische wollene Umschlagetücher in allen Farben; schwarze und bunte seidene Herren-Halstücher, ostindische seidene Taschentücher; wollene und seidene Shawls und Schlipse, wollene, seidene und ächte Sammtwesten u. s. w.; bunte ächte Schweizer Taschentücher, ganz neue Muster, zu 10 Egr.; eine Partie wollene Westen, zu 7^{1/2} Egr. und noch sehr viele Artikel.

Chokoladen-Fabrikate,

erzeugt mittelst einer nach neuester Konstruktion erbauten

Dampf-Maschine,

empfehle ich in einer Qualität, welche anderen Fabriken in nichts nachsteht.

Nur meine Preise sind niedriger, was dadurch möglich wird, daß ich der einzige in Schlesien mit einer „wirklichen Dampfmaschine“ arbeitende Fabrikant bin.
Breslau, im Dezember 1849.

B. Hipauf, Oderstraße Nr. 28.

Die neue Modewaaren-Handlung

von

Wohl und Cohnstadt,

Nikolaistraße (Ringede Nr. 1) im zweiten Gewölbe,

bicht neben der Buchhandlung der Herren Stern und Belgert, empfiehlt zum bevorstehenden Weihnachtsfeste ein vollständig assortirtes Waaren-Lager, das sowohl sämtliche neu erschienenen Stoffe in Wolle und Seide, in Züchern und Shawls enthält, als auch die reichhaltigste Auswahl in den für den praktischen Gebrauch sich eignenden Artikeln.

Durch vorthellhafte Anschaffungen werden vorzugsweise folgende Gegenstände zu den dabei bemerkten äußerst billigen Preisen verkauft:

- schwere buntgestreifte und karrirte Seidenstoffe à Elle 15 Egr.,
- schwarze Mailänder Glanzstaffete à Elle 15, 16 und 17^{1/2} Egr.,
- karrirte Napolitaines in den neuesten Mustern à Elle 4, 4^{1/2} u. 5 Egr.,
- Mousselin de laine-Roben à 2^{1/4}, 2^{1/2} und 3 Rthl.,
- Lustre-Kleider, einfarbige à 1 Rthl., buntgemusterte u. karrirte à 1^{1/2} Rthl.,
- gewirkte Umschlagetücher mit schwarzen Fonds à 3^{1/2} Rthl.,
- desgl. mit weißen Fonds à 4^{1/2} Rthl.

und noch sehr viele andere Artikel.

Wohl und Cohnstadt,

Nikolaistraße (Ringede Nr. 1) im zweiten Gewölbe.

Holstein. und Colchester Aустern, Kräuter-Anchovis, Astrach. u. Hamb. Caviar, geräuch. Silber-Lachse, Hamb. Bücklinge u. Rauchfleisch, Teltower Rübchen empfiehlt **Gustav Scholz,**
Schweidnitzer-Straße Nr. 50, Ecke der Junker-Straße.

